

VORAN

Solidaritätspreis 3,—

- ★ SPD-Krise Seite 2
- ★ Notstandsgesetze Seiten 6 und 7
- ★ 17. Juni 1953 Seite 6 und 7
- ★ Bundeswehr in Somalia Seite 9

Marxistische Zeitung für Arbeiter/-innen und Jugendliche

1,— DM

Nr.152 — Juni 1993

Die Bonner

Sozialbetrüger

schlagen wieder zu.

Schlagen wir zurück!



Waigel: Raubt den sozial Schwachen 20 weitere Milliarden.

Möchten Sie eine ausreichend bezahlte Arbeit, die Spaß statt krank macht? Dazu eine bezahlbare Wohnung, die größer als eine Telefonzelle ist? Ab und zu auch noch Geld für Vergnügungen? Wenn möglich auch noch saubere Luft? Dann sind auch sie ein Opfer der "Anspruchsgesellschaft", ein "Sozialschmarotzer".

Damit wird nun Schluß gemacht. "Krisen sind potentiell gute Zuchtmeister, man muß neue Chancen nur ergreifen." (Tyll Necker, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie).

Seine Untergebenen aus der Regierung sind wieder verschärft dabei, diese Chancen und damit den kargen Inhalt unserer Taschen zu ergreifen. Die Unternehmer sollen für ihre kleine Spende für die Pflegeversicherung mit der Einführung von bis zu sechs Karenztagen pro Jahr belohnt werden. Und wer macht die Pflegeversicherung "aufkommensneutral" für uns?!

Nach der Verabschiedung des Un-Soli-

darpaktes - mit Hilfe der über den Tisch gezogenen bzw. gekrochenen SPD-Spitze - sattelt Finanzminister Waigel noch drauf. Arbeitslosengeld und -hilfe sowie Sozialhilfe sollen um drei Prozent gekürzt werden. Doch so schlimm ist das nicht. Bundesfamilienministerin Rönsch (CDU) verspricht, "es sei eine intensive Beratung zur Vermeidung und Überwindung von Sozialhilfebedürftigkeit vorgesehen."

Eine Einführung ähnlich intensiver Beratung in den Problembereichen Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot würde wahrscheinlich die nützlichen Ratschläge "Behalten sie doch einfach ihren Job" und "Suchen sie sich doch eine preiswerte Wohnung" hervorbringen.

Weitere Pläne sehen eine Nullrunde für Beamte im nächsten Jahr sowie Kürzungen bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und der Ausbildungsförderung vor.

Bundeswirtschaftsminister Rexrodt (FDP) will dem von ihm erwarteten "Aufschrei der Betroffenen" nicht nachgeben. Arbeitende und Lernende, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger sollten den Minister nicht enttäuschen und aufschreiben. Schreien reicht jedoch nicht, damit er sich die Sache mit dem Nachgeben noch einmal überlegt.

Was tun?

Der Streik der Metall-KollegInnen in Ostdeutschland hat gezeigt, daß die Auffassung, man könne sowieso nichts ändern, falsch ist. Der frühe Streikabbruch durch die IG Metall-Führung ist zu kritisieren, es wäre

mehr drin gewesen. Doch: Die Unternehmer mußten zurückstecken. Solidarität von unten schlägt die Frechheiten der Bonzen.

Diese Lehre gilt es auf die kommenden Angriffe anzuwenden. In vielen Branchen werden Betriebe geschlossen. Zum Beispiel die Kalibergwerke in Thüringen oder das Saarstahl-Werk in Völklingen (Saarland). Weitere Entlassungen und der Abbau über-tariflicher Leistungen stehen an.

Die Führer der Gewerkschaften sind bei ca. 20 000 DM (plus eventuelle Spekulationsgewinne) im Monat nicht immer so eifrig dabei, den Kampf gegen die Besser-Verdienenden auf der Gegenseite zu führen.

Auf sie können wir nicht warten. Gewerkschaften sind keine Versicherungen. Beitrag zahlen und hoffen, daß alles klar geht, reicht nicht. Aktivität und Organisation von unten sind notwendig, die Vorstände müssen die Kampfbereitschaft spüren, zum Kampf gezwungen werden. Die "Gegenwehr"-Kampagne des DGB muß weitergehen, der Widerstand zusammengeführt werden.

Warten auf die Opposition der SPD hilft auch nicht. Allen war klar, daß die im "Solidarpakt" enthaltenen Kürzungen nicht alles sein würden, daß weitere Sparschweinereien folgen. Nur die SPD-Fraktion warnt jetzt empört vor dem "Sozialabbau am Solidarpakt vorbei", auf deutsch: vor dem weiteren Sozialabbau über den Sozialabbau hinaus.

Wer sich so mit der Salami-Taktik austricksen läßt oder austricksen lassen will wie die SPD-Führung (beim Asylrecht, bei Bundeswehreinsetzungen, beim Solidarpakt...),



Kohl: Will uns Karenztage überdrücken, besteht aber auf Gehaltsfortzahlung während seiner zahlreichen Fastenkuren.



Blum: Sein soziales Getue nimmt keiner mehr ernst, doch das schützt vor Strafe nicht.

von dem ist keine Initiative zur Gegenwehr zu erwarten. Auch die SPD-Spitze muß von unten Zunder bekommen.

Werdet aktiv und kämpft mit uns gegen die Diebe aus Bonn und gegen ihr kapitalistisches Mißwirtschaftssystem.

Claus Ludwig, Köln

Unser Anti-Krisen Programm Seite 2

Ost-Metallerstreik: Kämpfen lohnt sich — aber mehr wäre drin gewesen Seite 4 und 5

Wende zu sozialistischer Politik nötig

Krise – Katastrophe – SPD

Konzeptionslos, zahnlos, prinzipienlos, unlustig und meilenweit entfernt von den Problemen der Masse der arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerung, so stellt sich die SPD-Führungsspitze heute dar. Der Rücktritt Engholms markiert nur eine Etappe im politischen Niedergang, der schon lange zuvor einsetzte. Wenn man sich das Nachfolge-Spektakel ansieht, dann ist zu befürchten, daß es kein Schlußpunkt war.

SPD-Mitglieder, Anhänger und Wähler machen sich jetzt Gedanken, wie es weitergehen kann. Im Gegensatz zu den Spitzengenossen können sich viele von uns den Luxus von weiteren 4 Jahren rechter Regierung mit verschärftem Sozialabbau nicht leisten. Die soziale Frage ist für die Masse der Mitglieder und Wähler nämlich nicht gelöst: Ihnen bezahlt niemand eine Wohnungsrenovierung von 54.000 DM. Und sie können auch nicht binnen weniger Monate 40.000 DM in der Schreibtischschublade zurücklegen.

lichkeiten, nicht einmal für Blauhelm-Missionen. In der Asylfrage entschied nach breiter Debatte an der Basis die Mehrheit der Bezirks- und Landesparteitage gegen jede Grundgesetzänderung. Doch das interessierte Partei- und Fraktionsführung nicht. Mit der Petersberger-Wende und danach schritten sie souverän über die Meinung der Basis hinweg und führten die Partei in eine Zerreißprobe, auf Anpassung nach rechts bedacht.

Der ganze Vorschlag zur Befragung der Basis ist pseudo-demokratisch und eine Mischung aus Hilflosigkeit, Intri-

den gewählten Parteigremien mehr Gewicht und Unabhängigkeit — egal, was ihm gerade politisch in den Sinn kommt. Mehr Bonapartismus und Unberechenbarkeit werden dadurch gefördert — Eigenschaften, von denen mancher Kandidat ohnehin schon mehr als genug mitbringt. Die Parteiführung könnte versuchen, mit ihren Verfahrensvorschlägen einen zukünftig noch rechteren Kurs zu rechtfertigen.

Wenn über neue Verfahren diskutiert wird, dann sollten wir über folgendes nachdenken:

- Wie kann die Umsetzung von Parteitagbeschlüssen gesichert, wie können zukünftige Petersberger Alleingänge verhindert werden?

- Was ist mit der Unsitte der Kanzlerkandidaten, Regierungsprogramme unabhängig vom Parteiprogramm ausarbeiten zu lassen, möglichst noch von parteilosen sogenannten Experten? Wozu beraten und beschließen wir überhaupt etwas, wenn sich hinterher doch niemand dran hält, sondern seine persönlichen Regierungs- oder "Sofortprogramme" schneidert?

- Eine bessere Anbindung an die Basis der Mitglieder und Wähler muß auch eine handfeste materielle Grundlage haben. Wer in seinem Lebensstil völlig abgehoben von der Normalbevölkerung ist, kann ihre Interessen auch nicht vertreten. Darum sollten wir für einen durchschnittlichen Lohn aller Funktionäre und Mandatsträger und für die Abführung darüber hinausgehender Einnahmen eintreten.

- Durch strenge Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwahlmöglichkeit der Funktionäre und Mandatsträger wäre wirklich mehr Demokratie gewährleistet.

Der Sonderparteitag muß durch örtliche und regionale Parteitage gründlich vorbereitet werden. Dabei müssen wir diesmal bei der Wahl von Delegierten zu höheren Ebenen höflich auffassen und linke Kandidaten ins Rennen schicken. Wenn zu Bundesparteitagen immer nur die lokalen Spitzengenossen gewählt werden, kann man sich nicht wundern, wenn sie dort dem Druck der Autorität von oben schneller nachgeben.

Politik- statt Personaldebatte!

Auf den Prüfstand gehören die gesamte bisherige Politik und alle Führungsgenossen, besonders auch die Fraktionspitze. Wir brauchen eine völlige Kehrtwende: Schluß mit der inoffiziellen Großen Koalition, mit der

Anbiederung nach rechts, mit der angeblich "sozial gerechteren" Lastenverteilung, die von der Renten- über die Gesundheitsreform bis Solidaripakt doch immer zu Lasten der Masse geht. Wir brauchen eine knallharte Opposition, eine Politik, die kompromißlos die Interessen der Masse der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend vertritt, d.h. eine sozialistische Politik (siehe auch "Anti-Krisen-Programm").

Keiner/e der Kandidaten/innen, die bisher im Gespräch sind, bietet Gewähr für eine solche Politik. Sie genügen nicht einmal minimalen Anforderungen, von sozialistischer Politik ganz zu schweigen.

Rudolf Scharping tat sich bei den Solidarpakt-Verhandlungen als besonders kompromißfreudig hervor und wurde von Kohl dafür hofiert. Als Parteirechter zog er in Rheinland-Pfalz eine Koalition mit der Unternehmerpartei FDP vor, obwohl rechnerisch auch eine Zusammenarbeit mit den Grünen möglich gewesen wäre. Und natürlich stand er voll hinter der Petersberger Wende.

Gerhard Schröder propagiert wohl vor allem deswegen rotgrün, weil er in Niedersachsen gemerkt hat, wie leicht man die mittlerweile lammfromm gewordenen Grünen über den Tisch ziehen kann. Hält U-Boote für Taiwan für sinnvolle Arbeitsplatz-Garanten. Hat 14 Tage vor dem Asyl-Sonderparteitag einen "Kompromiß-Antrag" eingebracht (so daß keine Basisgliederung sich mehr dazu äußern konnte) und damit maßgeblich zum Einfangen von Delegierten-Stimmen für den faulen Asylbeschuß beigetragen.

Oskar Lafontaine fällt durch Unbe-

rechenbarkeit und Selbstgefälligkeit auf. Tat sich durch anti-gewerkschaftliche Sprüche hervor. Griff trotz hohem Ministerpräsidenten-Gehalt vorzeitig in die Pensionskasse.

Heidemarie Wiczorek-Zeul ist noch die einzige, die wenigstens in Sachen Asyl und Bundeswehr-Einsätze konsequent geblieben ist. Doch in vielen anderen Fragen ist sie heute ebenfalls weit von den linken Positionen ihrer Juso-Zeit entfernt.

Für Parteilinke und Sozialisten an

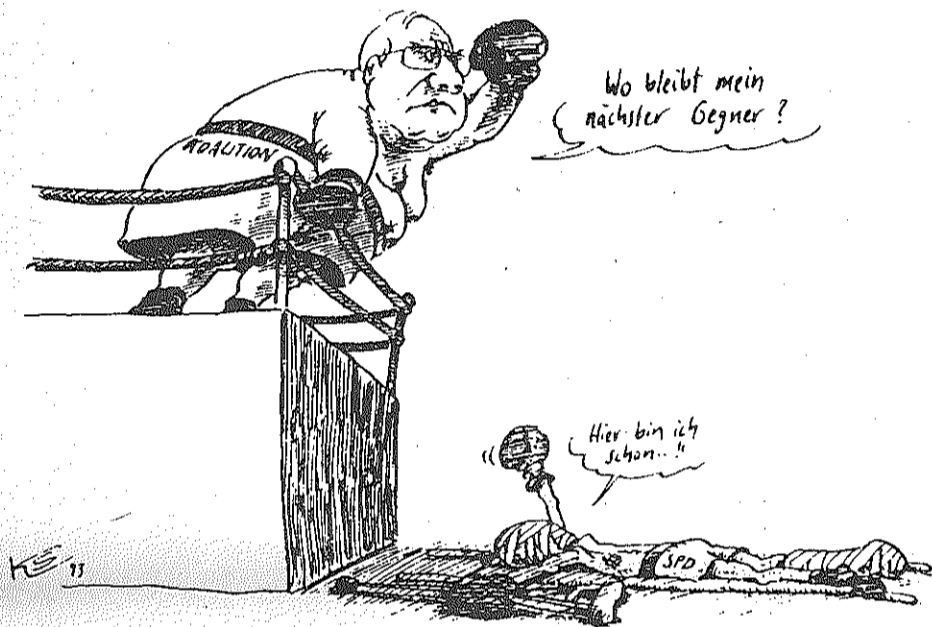
Die "Mitgliederbefragung" ist ein Schritt Richtung Amerikanisierung der Partei, mit Schaulaufen der Kandidaten in den bürgerlichen Medien, wobei die "Diskussion" als Monolog der Kandidaten in Talk-Shows läuft, nicht über die Parteistrukturen.

der Basis ist also niemand in Sicht, den man uneingeschränkt unterstützen könnte. Das zeigt, wie sehr die Partei politisch auf den Hund gekommen ist. Auf höheren Ebenen gibt es keine Partei-Linke mehr, sondern nur noch Rechte und weniger Rechte.

Sie alle beugen sich letztlich den Sachzwängen der kapitalistischen Marktwirtschaft. Wer dieser Logik folgt, landet letztlich bei einer Politik zu Lasten der Masse der Arbeitnehmer. Trotzdem kann es uns nicht egal sein, ob ein Kandidat gewählt wird, der zumindest in einigen Punkten (noch) eine linke Position vertritt, oder jemand, der sich bereits völlig prinzipienlos an rechte Politik anbietet. Deshalb rufen wir zur Wahl von Heidemarie Wiczorek-Zeul zur Parteivorsitzenden auf.

Wichtiger als die Diskussion über einzelne Personen und geringere Übel ist jedoch der Kampf für eine sozialistische Politik, für den Aufbau einer neuen, kämpferischen Führung.

Angela Bankert, Köln
SPD-Mitglied



Die Mitglieder und Anhänger wollen endlich die Kohlregierung loswerden und fragen sich, mit welchem/r Kandidaten/in dies am besten zu bewerkstelligen sei. Doch die platte und vordergründige Personaldebatte samt Mitgliederbefragung führt hier aufs Glatteis. Es kommt in erster Linie auf Inhalte und politische Alternativen zur Kohlregierung an.

Pseudo-demokratisches Verfahren

Nachdem die Spitzengenossen den Karren gründlich in den Dreck gefahren haben, soll nun die "Basis verstärkt einbezogen" werden, verkünden sie treuherzig.

Wir dürfen jetzt entscheiden, welcher Kopf nächstes Jahr auf den Wahlplakaten prangen soll. Unsere inhaltlichen und grundsätzlichen Meinungen sind dagegen weniger gefragt.

Wir hatten z.B. eine sehr gründliche und lange parteiinterne Debatte über die Frage des Bundeswehr-Einsatzes. Die Mehrheit der Basisgliederungen, 2/3 der Anträge zum Bremer Parteitag 1991, war gegen jede Ausweitung der Einsatzmög-

ge und Heuchelei. Intrige, weil einige damit anscheinend bestimmte Kandidaten zu verhindern glauben. Heuchelei, weil manche den falschen Eindruck erwecken, die Basis habe bei neuen Verfahren mehr Einfluß. Das Gegenteil ist der Fall. Es sichert uns in keiner Weise mehr Einfluß auf die Inhalte. Wir können nicht in unserem Ortsverein die Kandidaten auf ein bestimmtes Programm festlegen. Wir können nur ein bißchen Dampf ablassen und dann ein Kreuz hinter einer Person machen.

Die "Mitgliederbefragung" ist ein Schritt Richtung Amerikanisierung der Partei, mit Schaulaufen der Kandidaten in den bürgerlichen Medien, wo-

bei die "Diskussion" als Monolog der Kandidaten in Talk-Shows läuft, nicht über die Parteistrukturen.

Wer als Kandidat per Basisvotum ausgesucht wurde, kann sich darauf berufen. Das heißt, er hat gegenüber

Wir dürfen jetzt entscheiden, welcher Kopf nächstes Jahr auf den Wahlplakaten prangen soll. Unsere inhaltlichen und grundsätzlichen Meinungen sind dagegen weniger gefragt.

Anti-Krisen-Programm

Die Rezession bedroht uns mit Arbeitsplatzvernichtung, Reallohnsenkungen und Sozialabbau. Aber muß es so sein?

Wie wäre es, wenn die Reichen einmal den Gürtel enger schnallen würden oder die Großaktionäre für die Krise ihres Profitsystems bezahlen würden? Deshalb fordern wir:

■ Erhalt aller Arbeitsplätze und sofortige Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und Senkung des Rentenalters auf 55 Jahre.

■ Garantiertes Mindesteinkommen (einschließlich Renten) von 1.800 DM netto für alle ab 18 Jahren.

■ Öffnung der Geschäftsbücher. Wir wollen sehen, wo die Millionen hin sind, die wir erwirtschaftet haben.

Die Banken und Konzerne haben Hunderte von Milliarden DM auf der hohen Kante, die Deutsche Bank allein 500 Milliarden. 20 Prozent der Industriekapazität liegen brach und ganze Betriebe werden stillgelegt, weil die Bosse sie nicht mehr gebrauchen können. Gleichzeitig

werden 5 Millionen Menschen zum Nichtstun verdammt, obwohl die Gesellschaft Wohnungen, Schulen, neue Bahnstrecken usw. braucht. Wir wollen brachliegende Betriebe, Kapital und Arbeitskraft zusammenbringen. Nur die Profitgier einer kleinen Minderheit, den Besitzern von Kapital und Betrieben, steht im Weg. Deshalb fordern wir:

■ Ein massives öffentliches Investitionsprogramm im Wohnungsbau, Öffentlichen Verkehr, Umwelt-, Bildungs- und Sozialbereich. Finanzierung durch:

■ Überführung der großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum.

■ Leitung der Wirtschaft durch demokratisch gewählte und jederzeit abwählbare Vertretern von Beschäftigten und Gewerkschaften, die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

■ Demokratische Produktionsplanung nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt.

VORAN ZUR sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Arbeiter/-innen und Jugendliche. Erscheint seit 1973.

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Erscheinungsweise: Monatlich

Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert.

Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1,

Tel. 0221/134504 und 134604, Fax 0221/137280.

Druck: Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 4300 Essen 11.

Bankverbindung: Postgiroamt Essen, BLZ 36010043, Konto-Nr. 250059-430.

OST-METALLER STREIK 93

Die OstmetallerInnen haben den Tarifbruch abgewehrt. Doch die IGM-Führung ist einen unnötigen Kompromiß eingegangen. Ein besseres Ergebnis wäre möglich gewesen.

„Die IG Metall kann sich kaputtstreiken wie sie will... Ich glaube nicht, daß es zu einem großen Arbeitskampf kommt. Damit würde sich die IG Metall ihr eigens Grab schaufeln.“ Originalton Gesamtmetallgeschäftsführer Kirchner Mitte April.

3 Wochen später: „Es gibt zwei Methoden, einen von der IG Metall auf lange Sicht angelegten Streik abzukürzen - eine rasche, friedliche Einigung, die für beide Seiten vertretbar ist, oder die Abwehraussperrung mit dem Ziel der Belastung der Gewerkschaftskasse. Wir sind eindeutig für die erste Alternative, nämlich den raschen Tariffrieden.“ Woher dieser plötzliche Sinneswandel? Mit Sicherheit nicht aus Rücksicht auf die Streikkasse der IG Metall.

Es war einzig der dreiwöchige Streik von 40.000 Metall- und Stahlarbeitern, der die Unternehmer zum Einlenken brachte. Obwohl die jetzige Generation der Beschäftigten so gut wie keine Streikerfahrung hatte und der letzte Streik 60 Jahre zurückliegt, steht dieser Streik in den besten Traditionen der Gewerkschaftsbewegung. Arbeiter, Angestellte, Azubis standen in einer Reihe vor den Werkstoren. Zumindest in den größeren Betrieben man-

gelte es nicht an Streikposten. Kleinere Betriebe wurden durch fliegende Streikpostentrupps unterstützt. Sogar manch Unorganisierter stand Streikposten. Es gab relativ wenige Streikbrecher. Zu keiner Zeit gab es ein Abbröckeln des Streiks. Auch nicht in den Betrieben, die schon „freiwillig“ (aber ohne verbindlichen Tarifvertrag) die 26 Prozent bezahlten.

Als nach einer Woche Arbeitskampf in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern in den bis dahin nicht bestreikten Bezirken die Urabstimmung stattfand, mußte jeder, der zur Urne ging, damit rechnen, daß der Streik lang und hart werden würde. Jeder mußte sich darauf einstellen für längere Zeit mit nur 210 - 280 Mark Streikgeld pro Woche über die Runden zu kommen. Trotzdem stimmten über 81 Prozent mit „Ja“. Das hat den Unternehmern vollends einen Schreck eingejagt und bei ihrer Kompromißbereitschaft nachgeholfen.

Ost-West-Solidarität

Auch ihr erhofftes Disziplinierungsmittel Arbeitslosigkeit funktionierte nicht. „Jetzt reicht's“ war die vor-

herrschende Stimmung. Selbst wenn wir arbeitslos werden, bringt uns der Streik zumindest mehr Arbeitslosengeld, war die Einstellung der Metal-

betriebsräte haben direkten Kontakt zu bestreikten Betrieben hergestellt und gegenseitige Besuche organisiert. Streikbrecherarbeiten im Westen wurden verhindert. In einem Fall versuchte eine in Wolgast bestreikte Werft Reparaturarbeiten in Lübeck und Bremerhaven ausführen zu lassen. Die in der IG Metall organisierten Werftarbeiter, Vertrauensleute und Betriebsräte im Westen wußten dies zu verhindern.

Politische Niederlage für die Unternehmer

Der Streik und das Ergebnis sind eine politische Niederlage für die Unternehmer. Die Kolleginnen und Kollegen haben Kampferfahrung gesammelt, an Selbstbewußtsein und Selbstachtung gewonnen. Das werden die Unternehmer bei den nächsten Aus-

der tun. Ihr Ziel allgemeiner Öffnungsklauseln haben sie auch verfehlt. Und ihre 9 Prozent de-facto-Reallohnkürzung (bei weit höheren Preissteigerungen) ist vom Tisch. Schließlich mußten sie auch einem neuen Stufenplan zustimmen, an dessen Ende 100 Prozent West stehen.

Angenommen es hätte keinen Streik gegeben: Die Unternehmer hätten einen vollen Durchmarsch gemacht. Die Kolleginnen und Kollegen im Osten wären mit 9 Prozent Lohnerhöhung abgespeist worden. Die kampfböse Hinnahme des Tarifbruchs wäre von den Unternehmern als Schwäche der Metaller gesehen worden, die sie sofort für weitere Angriffe genutzt hätten. Der erste wäre die Aussetzung der 80 Prozent-Angleichung im öffentlichen Dienst ab Juli gewesen. Das hatten sie bereits vor dem Streik



Werfttor in Rostock

lerinnen und Metaller.

Auch die Ost-West-Spaltung hat diesmal nicht funktioniert. Bereits am 17. März kam es zur ersten größeren Ost-West-Einheitsaktion. Bei mehreren Großdemonstrationen demonstrierten Ossi und Wessis gemeinsam. In mehreren Betrieben im Westen gab es bis zu vierstündige Solistrikes für die Ost-Kollegen. Am Aktionstag 12.5.93 protestierten über 400.000 Gewerkschaftsmitglieder mit Kundgebungen, Demos und Proteststreiks gegen den Tarifbruch im Osten. Besonders aktive Ortsverwaltungen und

einandersetzungen zu spüren bekommen. Die Furcht vor „denen da oben“ gibt es nicht mehr. Die Unternehmer wollten mit dem Tarifbruch die Gewerkschaften schwächen. Doch die IG Metall geht gestärkt aus dem Kampf hervor, mitgliedermäßig und kampferprobt. Das Kräfteverhältnis zwischen den Bossen und den Gewerkschaften hat sich zugunsten der IG Metall verschoben. Das Ergebnis selbst ist auch eine Teilniederlage für die Unternehmer. Sie mußten den Tarifbruch zurücknehmen und erklären, daß er nicht rechtens war und sie das nie wie-

angedroht.

Finanzieller Erfolg für die Unternehmer

Materiell ist das Ergebnis des Streiks ein Erfolg für die Unternehmer. Laut Angaben von Gesamtmetallgeschäftsführer Kirchner sparen die Unternehmer damit sechs Milliarden gegenüber dem alten Stufenplan.

Das Ergebnis ist für die Unternehmer sogar noch besser als der Anfang

Fortsetzung auf Seite 4

Rostock: Die Streikfront stand

Harte Zeiten für Bücklinge

Der Streik in den Betrieben Rostocks war sehr gut organisiert. Warnstreiks wurden genutzt, um die KollegInnen zu informieren und zu mobilisieren sowie Aufgaben zu verteilen. Ein Vertrauensmann des Dieselmotorenwerk Rostock (DMR) berichtet über die erste Urabstimmung und lacht: „Bei der ersten Urabstimmung gab es eine Beteiligung von 99,8 Prozent - wie zu Honeckers Zeit.“

Wie auf der Neptun-Werft liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad beim DMR über 90 Prozent. Die Streikposten fragten mit Stolz und ein bißchen Herausforderung, wie hoch der Organisationsgrad im Westen läge. In den Monaten vor dem Streik gab es eine Kampagne, um noch mehr Kollegen in die IGM aufzunehmen. Selbst während des Streiks sind ungefähr 100 Arbeiter und Azubis auf der Werft eingetreten. Spätestens da wurde ihnen klar, daß sie eine Gewerkschaft brauchen.

Beim Streik arbeiteten alle füreinander. Sie haben die gleichen Interessen und wollten den Streik zu einem erfolgreichen Ende führen.

Fast alle haben sich an Streikposten beteiligt. Jeder wurde für vier Stunden eingeteilt, rund um die Uhr. Die Listen waren auf der Pinwand für alle zu sehen. Die Arbeiter und Angestellten wurden absichtlich gemischt eingeteilt, damit alle Kollegen einander besser kennenlernen und die Barrieren, die die Betriebsleitung aufbaut, abgebaut werden. Am Ende des Streik herrschte ein verstärktes „Wir-Gefühl“ und viele Illusionen in die Betriebsleitung sind zerstört. Wird die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb nach dem Streik verstärkt, sind mehr Kollegin-



nen und Kollegen durch die Erfahrung der letzten Wochen bereit, Vertrauensmann oder sonst aktiv zu werden? Ein Aktivist, Ecki, meint, daß gerade durch den Streik eine Reihe von Kollegen aktiv wurden, von denen er das vorher nie gedacht hätte. Aber er erklärt auch, daß nicht alle davon aktiv bleiben werden. Vor allem nach der herben Niederlage, die durch die Gewerkschaftsführung verursacht wurde.

Die einzigen Zwischenfälle haben die Betriebsleitung oder Streikbrecher zu verantworten. In drei Fällen wurden Streikposten angefahren. Meistens wurden die nicht organisierten und nicht aufgeklärten Azubis ausgenutzt. Auf der Kvaerner-Warnow-Werft wollte der Ausbildungsleiter 250 Azubis hereinlocken, aber sie wurden von den Streikposten aufgehalten und überredet, mitzumachen. Nur fünfzehn haben ihre Kumpel verraten.

Beim DMR waren die Kräfteverhältnisse, noch deutlicher.

Etwa acht Beschäftigte haben gegen ihre Kollegen gearbeitet. Einer aus der Streikleitung zeigte Initiative. Er hing ein Schild über das Werkstor mit der Zeichnung eines dicken Arsches und dem Wort „Kapital“ drauf. Darüber stand der Spruch: „Es bereitet mir Entzücken, mich vor dem Kapital zu bücken.“ Von Tag zu Tag wurde das Schild tiefer gehangen, so daß die Streikbrecher sich immer weiter bücken mußten, um hindurch zu kommen.

Fliegende Streikposten

In einigen kleineren Betrieben in Mecklenburg-Vorpommern hatten Streikposten es ein bißchen schwieriger, aber sie bekamen Unterstützung von den gut organisierten Werftarbeitern. Diese „fliegenden Streikposten“ fuhren dorthin, um ihren gewichtigen Argumenten gegen Streikbruch Ausdruck zu verleihen. Wenn der Streik länger gedauert hätte und skrupellose Firmen versucht hätten, Streikbrecher gegen die Kollegen aufzuheizen, dann hätten einige Werftarbeiter sich gezwungen gesehen, ihre Solidarität und Entschlossenheit vor den anderen Werkstoren unmißverständlich zu demonstrieren.

Am ersten Streiktag traf ich einen körperlich kleinen Kollegen auf der Neptun-Werft, der sich nicht genug von der Gefahr der Gewalt im Streik distanzieren konnte. Denn mit Militanten habe er nichts am Hut. Am Ende des Arbeitskampfes traf ich ihn wieder. Voller Stolz erzählte er, daß die

ganze Zeit, während er Posten stand, keiner versucht hatte, durch das Tor zu gehen. „Aber wenn es einer versucht hätte, wäre ich sogar bereit gewesen, ihn mit Gewalt zu stoppen.“

Die Belegschaften, die Streikleitungen und die IGM Rostock können stolz sein. Sie haben es denen da oben gezeigt! Und sie haben den Kolleginnen und Kollegen im Westen vieles beizubringen. Sie haben die Ehre der sogenannten „dummen Ossi“ gerettet. Das war der Wendepunkt hier...

Nach den ersten Tagen hatte die Lokalpresse kein Interesse mehr, über die Beteiligung von 15 000 ihrer Leser an der größten Bewegung seit 1989 zu berichten. Vor der Abstimmung über den Kompromiß hat die Presse diesen als „Sieg“ der IG Metall dargestellt, um die Kollegen zum „ja“ zu bewegen. Sofort danach hat sie die negativen Seiten betont, um sie zu demoralisieren.

Manch ein Kollege hat seine Illusionen in die Objektivität der Medien verloren. Dafür gab es aber die eigene Arbeiterpresse. Die IGM brachte vier Ausgaben einer Streikzeitung heraus. Die Streikleitung bei DMR verteilte ein Streikbulletin, „Gegenwehr“, an die Kollegen bei den regelmäßigen Streikversammlungen.

Auch die Rolle des Staates wurde deutlicher. In Boizenburg genügte ein Anruf der Leitung eines bestreikten Betriebes, um die Polizei gegen die Streikposten zu mobilisieren. Auch in Rostock waren auffällig viele Mannschaftswagen der Polizei auf der Straße.

Brent Kennedy

Interessenausgleich in Rheinhausen Kämpfen lohnt immer

Ende April holten die Kruppianer in Rheinhausen zu ihrem vorerst letzten Schlag aus und besetzten das Bezirks-Rathaus. Die Verhandlungen über einen Sozialplan waren zuvor immer wieder ins Stocken geraten. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, marschierten die Kruppianer zum Bezirks-Rathaus und stürmten in den Sitzungssaal, um dort zu konferieren.

Die Kruppianer wählten auch ihre eigene Vertretung, eine Art "Arbeiter-Betriebsrat", der über Nacht das Rathaus besetzt hielt.

Schließung des Werkes zu machen.

Bis auf einen Punkt, der Qualifizierungsmaßnahmen auch für die Beschäftigten bei Subunternehmen fordert und nur halb erfüllt wurde, nahm der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am nächsten Tag alle 20 Punkte an. Der Sozialplan bzw. Interessenausgleich sieht z.B. vor:

- keine betriebsbedingten Kündigungen
- niemand wird arbeitslos, sondern es werden Umsetzungen im Konzern, Arbeitsplätze bei dritten Firmen, usw. angeboten



Stahlarbeiter in Rheinhausen

Durch ihre Aktion übten sie Druck auf den sogenannten neutralen Mann, den Ex-SPD-Finanzminister Posser, aus. Er sah sich gezwungen, zusammen mit den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat die Annahme des verbesserten Interessenausgleichs zur Vorbedingung für die Zustimmung zur

- Vorruhestand ab 52 Jahre, dynamisiert: d.h. alle künftigen Lohnerhöhungen werden auch den Vorruheständlern gezahlt
- Kollegen in Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen können auf 93% des letzten Netto-Gehalts kommen

■ auch nach einer Umschulung bleiben die Kollegen so lange Krupp-Beschäftigte, bis sie einen neuen Arbeitsplatz haben.

Die Schließung von Rheinhausen ist eine Niederlage für die Arbeiterbewegung. Die Arbeitsplätze sind vernichtet, für die Jugend in der Region sieht es düsterer aus. Viele Kollegen fühlen sich zum alten Eisen geworfen. Daran ändert auch der beste Sozialplan nichts. Und doch hat sich auch dieser Kampf gelohnt.

Die Konzerne drücken sich um gute Sozialpläne. Krupp hat für das Werk in Oranienburg bei Berlin Millionen an Subventionen von der Treuhand kassiert. Jetzt soll der Rausschmiß der "lieben Mitarbeiter" dort möglichst nichts kosten. Deswegen gilt auch hier die alte Devise: Wer kämpft kann verlieren, ... zumindest aber bekommt er einen besseren Sozialplan.

Nötig wäre jedoch ein konsequenter Kampf um den Erhalt jedes Arbeitsplatzes. Für die Niederlage in Rheinhausen ist die IGM-Führung verantwortlich. Sie hat für den Erhalt der Stahlstandorte herzlich wenig getan. Schon beim Arbeitskampf der Rheinhausener 1987 hatte Franz Steinkühler anderes zu tun und ließ sich erst nach Wochen bei dieser Belegschaft blicken, die mit ihren Aktionen Gewerkschaftsgeschichte geschrieben hat. Die Ausweitung des Kampfes wurde von der IGM abgelehnt.

Pünktlich nach Abwicklung der Rheinhausener, Siegener und Hagener Werke wurde jetzt die Schließung für das Saarstahl-Werk in Völklingen angekündigt, was nun die dortigen Arbeiter und die Bevölkerung auf die Straße bringt. Und das wird in Anbetracht der Rezession nicht die letzte sein. Aber die IGM-Führung läßt jede Belegschaft für sich alleine kämpfen und sterben. Stattdessen sollten alle Belegschaften zu einem bundesweiten Arbeitskampf zusammengeführt werden, nicht nur zu Kundgebungen mit lauwarmen Reden.

Angela Bankert, Köln

Siemens Rostock Streik statt Philosophie

Zu einem der ersten Betriebe, die zum Streik aufgerufen wurden, zählte die Siemens-Niederlassung in Rostock.

Das ist keine Normalität, sondern gleicht einer betrieblichen Revolution. Denn bei Siemens wird nicht gestreikt! Diese Unternehmensphilosophie scheinen die Osis noch nicht verstanden zu haben. Trotz Einschüchterungen und Drohungen stand die Streikfront.

Natürlich wurde auch bei Siemens versucht, die Moral und Kampfkraft der Arbeiter zu zersetzen. Wozu sonst erhalten Geschäfts- und Personalleitung ihr hohes Gehalt. Diese Versuche begannen schon weit vor dem Streik. Es wurden Briefe an die KollegInnen geschickt, in denen sie aufgefordert wurden, sich per Unterschrift mit 9 Prozent Gehaltserhöhung zufriedenzugeben. In anderen Schreiben wiesen die Chefs auf die wirtschaftliche Lage in ganz Ostdeutschland hin. Siemens ist typisch für einen von der "sozialistischen Planwirtschaft" gebeutelten Betriebe, wie wir alle wissen. Die obligatorischen Drohungen wegen Gefährdung der Arbeitsplätze fehlten auch nicht.

Der Zutritt zu den Toiletten wurde den Streikposten verweigert - wer nicht arbeitet, darf auch nicht pissen, hieß die Begründung. Doch an einem Tag kam die Geschäftsleitung mit 200,- DM und sagte: "Nu Kollegen, ist heute so warm, geht mal ein Bier trinken." Welche Streikbruch-Lieferung sie wohl durchbringen wollten?

Aber die Kollegen widerstanden diesem Ange-

bot und blieben vor dem Tor. Es war auch stolz zu merken, diesen Riesenkonzern zu bestreiken. Trotz aller Unternehmensphilosophie.

Probleme gab es bei Siemens mit den Auszubildenden. Viele von ihnen wollten ihre Ausbildung fortsetzen und sich nicht am Streik beteiligen. Die Einschüchterungstaktik der Geschäftsleitung war erfolgreich. Sie schaffte es, die Lüge zu verbreiten, daß Azubis kein Streikrecht haben und machte die IGM verantwortlich für eine angebliche Gefährdung des Ausbildungszieles. Die geringe gewerkschaftliche Organisation der Azubis und der enorme Druck der Zukunftsangst für Jugendliche hier im Osten hat den Boden bereitet für die "Argumente" der Geschäftsleitung.

Bei diesem Streik konnten die ausbildungswilligen Azubis noch in die Berufsschule geschickt werden. Für den nächsten muß die IGM überlegen, wie sie gezielt auf die Probleme der Jugendlichen eingeht, um auch diese zu organisieren.



Gewerkschaftsmitglieder in Oranienburg

Streik 93 (Fortsetzung von Seite 3)

April unter der Vermittlung von Biedenkopf ausgehandelte Kompromiß. Damals hatte man sich auf 21 Prozent Erhöhung für dieses Jahr geeinigt und auf eine zeitliche Streckung auf 100 Prozent bis 1995, statt jetzt Juli 1996. Mit der Härteklausel wurde den Unternehmen die Tür geöffnet für untertarifliche Bezahlung. Steinkühler hat zu der Härteklausel erklärt: "nur mit Zustimmung der IG Metall wird es in in wenigen klar umrissenen Härtefällen Sonderregelungen geben." Das bleibt erst noch abzuwarten. In jedem Fall hat die IG-Metall damit entgegen aller Tatsachen und entgegen ihrer eigenen Propaganda während des Streiks den Unternehmen zugestanden, daß die Löhne schuld sein könnten wenn Betriebe kaputtgehen. Und wenn das im Osten so sein soll, warum dann nicht auch im Westen? Schon haben die Unternehmer erklärt, daß sie auch im Westen Härteklauseln anstreben.

Fauler Kompromiß

In jedem Fall hat die Gewerkschaftsführung völlig unnötige Zugeständnisse gemacht. Das gilt nicht nur für die Härteklausel, sondern auch für die Lohnerhöhung. Bereits der alte Stufenarbeitsvertrag war ein Zugeständnis an die Unternehmer. Ostdeutschland wurde damit zum Billiglohnland gemacht, die Kolleginnen und Kollegen zu Beschäftigten 2. Klasse, Osis und Wessis gespalten. Bei der Verteidigung ihres Streikziels hat die IG Metall immer wieder betont, daß die fünf neuen Länder kein Billiglohngebiet bleiben dürfen und daß die gegenwärtigen Löhne nicht ausreichen um die Westpreise zu bezahlen. Sie erklärte, daß die Unternehmer die Löhne bezahlen können und daß die Löhne nicht an der katastrophalen Wirtschaftslage in Ostdeutschland schuld sind. Die Basis hat die Argumente zur Verteidigung des alten Stufenplans ernst genommen. Nicht die Gewerkschaftsfüh-

rung. Sie verfolgte das Ziel, einen verbindlichen Tarifvertrag zu bekommen. Damit wollte der Gewerkschaftsapparat seine Position als Verhandler auf Arbeitnehmerseite verteidigen. Dieses Ziel haben die streikenden Kolleginnen und Kollegen mit großem Einsatz und Opfern erkämpft. Bei der Durchsetzung der für die Beschäftigten wichtigen Frage der Prozente wurden sie von ihrer Führung im Stich gelassen.

Unzufriedenheit

60 bis 78 Prozent der Stimmberechtigten haben für den Kompromiß gestimmt. Nicht weil sie mit dem Ergebnis zufrieden sind. Der massive Druck der IGM bundesweit zur Annahme des sächsischen Kompromisses und das Umkippen der Führungen der Bezirke haben den Kollegen die Perspektiven zum Weiterkämpfen genommen.

Besonders unzufrieden über das Ergebnis waren Beschäftigte im Bezirk Berlin-Brandenburg. Am 17. 5. versammelten sich über 3.000 Beschäftigte der AEG Schienenfahrzeuge und anderer Metallbetriebe in Hennigsdorf. Die Kundgebung wurde zu einer Protestaktion gegen den sächsischen Kompromiß. Die Metaller von AEG schrieben in einem offenen Brief an Steinkühler, "daß wir uns verraten fühlen, wenn dieser Abschluß auch für uns wirksam werden sollte." Und der Betriebsratsvorsitzende: "Wir sind eindeutig gegen den Kompromiß. Die Arbeitgeber haben ihr Ziel erreicht, da ist es leicht, die Kündigung zurückzunehmen. Wie kann man das als Erfolg feiern? Außerdem haben wir wieder Stufen. Wer sagt, daß die Arbeitgeber ihr schändliches Treiben nicht wiederholen? Und zweieinhalb Jahre länger warten auf die Tarifangleichung ist unakzeptabel." Nicht nur für die Ost-Kolleginnen ist dieses Ergebnis unakzeptabel, sondern auch für Beschäftig-

ten im Westen. Die Billiglöhne im Osten werden als Druckmittel gegen die Löhne im Westen eingesetzt. Die Ost-West Spaltung bleibt bestehen und nützt allein den Unternehmern.

Kampfkraft nicht genutzt

Nach dem Abschluß in Sachsen gab es in Berlin-Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern Versuche, ein besseres Ergebnis herauszuholen. Doch die IG-Metall-Zentrale in Frankfurt setzte die Übernahme des sächsischen Pilotabschlusses durch. Stimmungen zum Weiterstreiken wurden von oben mit dem Argument abgewürgt, daß man sich isoliere und die Streikfront bröckeln würde. Zwickel: "Es ist unheimlich schwierig, wenn nicht gar unmöglich, auf den Sachsen-Kompromiß noch draufzusatteln". Viele Gewerkschaftsmitglieder fragen sich warum der alte Stufenarbeitsvertrag nicht verteidigt wurde? Die Kampfkraft hätte bei weitem ausgereicht. Nur 10 Prozent der Metaller- und Stahlarbeiter im Osten waren in den Streik einbezogen. Im Westen hätten die Soli-Warnstreiks zu echten Streiks ausgedehnt werden können.

Sozialpartnerschaft

Wenn man alleine ist, von einem bewaffneten Räuber überfallen wird und sein Geld rausrückt, um am Leben zu bleiben, dann ist das ein zulässiger Kompromiß. Wenn man jedoch mit vielen anderen zusammen ist und ebenfalls bewaffnet ist, wäre es verrückt, dem Räuber einen Teil des Geldes zu geben, damit er sein Gesicht wahren kann. Das aber ist die Politik der Gewerkschaftsführung. Und damit niemand auf die Idee kommt, daß das völlig verrückt ist, machen sie eine Ideologie daraus, die Ideologie der Sozialpartnerschaft. Das Problem an der Sache ist nur, daß die Räuber sich nicht mehr zufriedengeben mit ihrer bisherigen Beute. Wer glaubt, daß spätestens jetzt die Gewerkschaftsführer alle Waffen einsetzen, um die Räuber zurückzuschlagen, irrt sich. Sie werfen den

Räubern nur Verletzung der Spielregeln vor und führen einen vergeblichen Kampf um die Einhaltung der Spielregeln. Derweil bilden die Räuber immer besser organisierte und bewaffnete Räuberbanden und nehmen uns noch mehr Geld ab.

Kampf geht weiter

Der Streik im Osten hat gezeigt: wer kämpft, kann was erreichen. Diese Lehre muß jetzt umgesetzt werden, um jeden weiteren Angriff von Unternehmen und Regierung zurückzuschlagen. Mit Streiks können nicht nur Löhne verteidigt werden, sondern auch Arbeitsplätze, Sozialleistungen und demokratische Rechte. Die Unternehmer werden nach diesem Streik keinen Rückzug machen. Sie werden sich neue Attacken einfallen lassen, um die Krisenlasten ihrer unsozialen

Marktwirtschaft auf uns abzuwälzen. Die Metallunternehmer haben für nächstes Jahr eine Nullrunde angekündigt. Die nächste Stufe der Arbeitszeitverkürzung ist in Gefahr. Der Karzentag steht wieder auf der Tagesordnung. Waigel schnürt ein neues Sparprogramm, Wirtschaftsminister Rexrodt fordert Verlängerung der Lebensarbeitszeit, gesetzliche Öffnungsklauseln, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen bis hin zu Wasser-versorgung.

Der Streik gegen den Tarifbruch hat aber auch gezeigt, daß die Gewerkschaftsführung weit davon entfernt ist, eine effektive Gegenwehr zu organisieren. Wir müssen den Druck auf den Apparat verstärken und von unten bis oben eine kämpferische Führung aufbauen.

Ursel Beck, Köln, IG-Metall-Mitglied

Ost-West-Vergleich nach dem Tarifabschluß im Osten

	West	Ost
Grundlohn pro Monat	2693 DM (ab 1. 4. 93)	2155 DM (ab 1. 12. 93)
Wochenarbeitszeit	36 Std.	40 Std.
Urlaub	30 Tage	26 Tage
Urlaubsgeld	50%	0%
Vermögenswirksame Leistungen pro Monat	52 DM	0 DM
Weihnachtsgeld	60%	40%

Vom 1. 4. bis 1. 12. erhalten die Ost Kollegen folgenden Lohn:

- 2145,- DM vom 1. bis 15. 4.
- 1920,- vom 16. 4. bis 30. 5.
- 2021,- ab 1. 6.
- 2101,- ab 1. 9.

Die Angleichung auf 100% West-Lohn (Zusatzleistungen und Arbeitszeit unberücksichtigt) erfolgt zwei Jahre und zwei Monate später als nach dem 1991 vereinbarten Stufenplan!

Der Fall Steinkühler Durchschnittlicher Lohn für Funktionäre

Große Teile der bürgerlichen Medien stürzen sich jetzt auf den Fall Steinkühler und versuchen, die Gewerkschaften insgesamt in den Schmutz zu ziehen. Das war beim Fall Neue Heimat schon so. Und natürlich muß auch der Wirtschaftskriminelle und Marktgraf Lambsdorff, Vorsitzender der Schutzgemeinschaft für Wertpapierbesitzer - wie war das mit dem Bock und dem Gärtner . . .?) seinen Senf dazugeben.

Trotzdem müssen wir Konsequenzen fordern. Der Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften ist vor allem damit gedient, wenn wir mit solchen Machenschaften aufräumen.

Und da reicht Steinkühlers Rücktritt nicht, es geht um Grundsätzliches. Wir müssen dafür sorgen, daß diejenigen, die Arbeiter-Interessen vertreten sollen, auch wissen, wie normale Arbeitnehmerhaushalte leben. Dies können sie nicht, wenn sie nicht auch ein entsprechendes Einkommen beziehen.

Daher ist VORAN schon immer für ein durchschnittliches Facharbeiter-Gehalt für Funktionäre sowie für Wählbarkeit und jederzeitige Abwählbarkeit auch von hauptamtlichen Funktionären eingetreten. Nur so kann verhindert werden, daß sich der Apparat abhebt und die Führung eine ganz andere soziale Schicht als die Basis ist.

Das Sein bestimmt das Bewußtsein. Wenn Gewerkschaftsvorsitzende monatlich 15-20 000 DM verdienen, dann ist es kein Wunder, daß sie sich nicht für Prozente oder Bruchteile von Prozenten bei der Durchsetzung von Lohnforderungen interessieren. Sie haben sich im System eingerichtet, für sie ist die Marktwirtschaft tatsächlich sozial. Mit den normalen Lebensumständen eines Arbeiters haben sie wenig zu tun, sie vergleichen sich mit der Gegenseite, mit Industriellen und Managern, und fühlen sich unterbezahlt.

Würde sich bei normalen Gehältern keiner mehr für solche Aufgaben bereitfinden? Nicht

wenigen Gründern der Gewerkschaftsbewegung hat diese Arbeit Kopf und Kragen gekostet, manchem unbequemen Aktivisten kostet sie heute noch die Existenz. Es gibt tausende und zehntausende von ehrenamtlichen Funktionären, die auch so zu gewerkschaftlicher Arbeit bereit sind. Warum sollte es da nicht genügend Menschen geben, die auch für ein durchschnittliches Einkommen arbeiten?

Wenn Arbeitnehmervertreter Millionäre und Großaktionäre sind, dann ist das unerträglich. "Millionen sind stärker als Millionäre" - diese gewerkschaftliche Parole wird absurd, wenn wir die Millionäre als trojanische Pferde in unseren Reihen haben.

Wir brauchen die Gewerkschaften als Kampforganisationen, nicht als Selbstbedienungsladen für Funktionäre. Darum müssen wir den innergewerkschaftlichen Kampf für eine Demokratisierung und Anbindung der Funktionäre an die Basis führen.

Angela Bankert, Köln
IG Medien-Mitglied



"Die Sache bei Daimler bringt hunderttausend, AEG schafft zweihunderttausend, das macht . . ."

Göttingen Unterschriften für eintägigen Generalstreik

Für den 24. April rief der DGB bundesweit zu Protestkundgebungen gegen Sozialabbau und Bruch von Tarifverträgen auf. In Südniedersachsen mobilisierten die Gewerkschaften zur Kundgebung nach Potsdam.

Schon auf der Fahrt wurde klar, daß die Solidarität mit den ostdeutschen KollegInnen groß war. Die meisten unterstützten auch die Forderung nach der vollen Angleichung der Ostlöhne. Nur in einem einzelnen Fall erklärte eine Kollegin, daß 26 Prozent unverändert seien, denn: "Die sollen erst mal genauso lang gearbeitet haben wie wir." In der Diskussion berief sie sich vor allem darauf, daß die Preise eben doch nicht auf Westniveau wären. Dies wird in den Medien auch immer wieder behauptet.

Der Unmut der KollegInnen kam nicht nur wegen dem Tarifbruch auf. "In allen Bereichen wird gekürzt, unsere Rechte werden angegriffen." In Diskussionen berichteten viele von der Situation in ihrem Betrieb, so die Kollegen von Bosch oder auch von Zeiss, wo bereits 200 Arbeitsplätze abgebaut wurden. Das ist für Göttingen eine bedeutende Zahl, mit 800 ArbeiterInnen ist Zeiss einer der fünf größten Betriebe.

Die meisten waren bereit, weitergehende Maßnahmen zu unterstützen. Die von uns eingesetzten VORAN-Unterschriftenlisten "Generalstreik gegen Generalangriff" stießen auf große Zustimmung. Von den knapp 200 KollegInnen, die wir im Zug ansprachen, unterschrieben 172. Der Sinn und auch die Notwendigkeit, jetzt einen eintägigen Generalstreik als nächsten Mobilisierungsschritt zu fordern, lag für die KollegInnen auf der Hand. Doch gab es Zweifel, wie und vor allem wer das organisieren sollte.

Die wenigen, die nicht unterschrieben, waren zum größten Teil Gewerkschaftsfunktionäre. Mit Ausnahme eines DGB-Sekretärs unterschrieb kein Hauptamtlicher. Das machte die KollegInnen ziemlich sauer. Viele der KollegInnen spendeten für die Kampagne. Auch wenn es eher kleine Beiträge waren, zeigten sie doch die Unterstützung unserer Forderung. Insgesamt kamen über 135 DM zusammen.

Helgard Schulze und
Torge Löding, Göttingen

Asylrechtsänderung "Wirklich Verfolgte be- kommen Asyl"

Mit den Stimmen von 133 der 231 SPD-Abgeordneten hat die Änderung des Artikels 16 und damit die faktische Abschaffung des Asylrechts die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit bekommen.

Die Befürworter der Grundgesetzänderung taten sich durch heuchlerische Warnungen vor der Bedrohung "unserer Demokratie" durch die Proteste vor dem Bundestag hervor - und durch die Behauptung, das Asylrecht für "wirklich politisch Verfolgte" bliebe erhalten.

Wirklich? Bereits ohne die Änderung des Grundgesetzes werden viele Verfolgte abgelehnt. Die geringen Anerkennungsraten von unter fünf Prozent für Asylbewerber hängen unter anderem mit der zynischen Handhabung der Anerkennungsverfahren für Flüchtlinge zusammen.

Zwei Tage vor dem 26. Mai gab es hierfür ein krasses Beispiel:

Ein in Bremen lebender Kurde hatte unter anderem deshalb Asyl beantragt, weil türkische Sicherheitskräfte in seinem Heimatort zahlreiche Kurden getötet hätten. Das Zirndorfer Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge" dazu in seinem Ablehnungsbescheid: Der "behauptete Tod der 20 Leute in Solhan" könne sich für den Kurden nicht "asylrechtlich relevant auswirken, weil nur gegen ihn selbst gerichtete Verfolgungsmaßnahmen bedeutsam sein können". Die Schlussfolgerung seines Anwalts: "Nur tote Kurden werden als asylberechtigt anerkannt."

Auch die Verhaftung wegen des Verteilens von Flugblättern für die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) ist für das Zirndorfer Bundesamt kein Asylgrund. Es sei "nicht auszuschließen, daß es sich bei seinen Handlungen um Unterstützungsmaßnahmen im Vorfeld terroristischer Aktivitäten gehandelt hat". Damit wäre seine Inhaftierung keine politische Verfolgung, sondern eine "auf Abwehr des Terrorismus gerichtete Maßnahme des Staates" und damit kein Asylgrund (Frankfurter Rundschau, 25. 5. 93)

Timm Ringewaldt, Köln
Jungsozialist



Ihr da oben . . . Reiche Diplomaten

Deutsche Botschafter im Ausland genießen zusätzlich zu ihrem eh nicht geringen Gehalt großzügige Aufwandsentschädigungen. Botschafter in Washington und Paris bekommen monatlich 19 000 DM extra, in London immerhin noch 13.000. Und 40 Prozent der Summe müssen nicht belegt werden, sie werden blind genehmigt. Alles in allem kosten diese Aufwandsentschädigungen 30 Millionen DM im Jahr.

Bei Stichproben stellte sich heraus, daß von 73 Diplomaten 50 Feiern abgerechnet haben, an denen ausschließlich Angehörige der eigenen Vertretung teilgenommen hatten. Der Bonner Botschafter in London, Hermann von Richthofen, hatte gleich 73 043,23 DM "fixe Kosten" angegeben, davon allein 27 300,10 DM zur Anschaffung von "Gesellschaftskleidung" für sich und seine Ehefrau. Die gesetzlichen Grundlagen für diesen Sozialbetrug wurden übrigens vom ehemaligen Außenminister Hans-Dietrich Genscher gelegt (Aus Der Spiegel 18/93).

Arme Kinder

Mehr als eine Million Kinder in Deutschland leben nach Angaben des Kinderschutzbundes in "bitterer Armut". Kinder im Alter von einem bis sieben Jahren bekämen mit 280 Mark monatlich "viel zu wenig".

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) leben weltweit ca. 100 Millionen Kinder auf der Straße.

Täter und Opfer

Wer als lettischer Legionär für die Waffen-SS gekämpft hat und kriegsversehrt ist, erhält Rente nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG). Das gilt auch dann, wenn er vor Eintritt in die Waffen-SS als Mitglied von Schutzmannschaften der SS an der Ermordung Zehntausender von Juden beteiligt war.

Die überlebenden Opfer dieser Pogrome gegen Juden in Lettland erhalten dagegen keine Mark Entschädigung von der Bundesrepublik. Der Gesetzgeber könnte durch eine politische Ausschlussklausel den Versorgungsanspruch für Kriegsverbrecher streichen. Offenbar fehlt dazu der politische Wille genauso wie zur Zahlung von Entschädigungen an die Opfer.

Unglaublich, aber wahr: Während Nazi-Kriegsverbrecher anstandslos ihre Rente bekommen, werden Nazi-Opfern aus der ehemaligen DDR strenge Bedingungen gestellt. Sie bekommen laut Entschädigungsrentengesetz keine Entschädigungsrente, wenn sie nach 1945 "gegen Grundsätze der Menschlichkeit oder der Rechtsstaatlichkeit verstoßen oder in schwerwiegendem Maße ihre Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer mißbraucht" haben. (Aus Frankfurter Rundschau, 31.3.93)



Wir hier unten

Bundeskongreß der JungsozialistInnen 13.-15. Mai in Magdeburg

Aufbruchstimmung schaumgebremst

Auf dem diesjährigen Juso-Bundeskongreß wurde hart mit der Politik der SPD-Führung ins Gericht gegangen. In der Debatte um die Krise der SPD und die Engholm-Nachfolge wurde der Bruch mit der gesamten "Enkel"-Generation verkündet.

"Gegen den EnkelInnen-Opportunismus - für eine radikale Opposition der Jusos!", so der Titel der verabschiedeten Resolution zu diesem Thema. Der ausscheidende Bundesvorsitzende Ralf Ludwig blieb mit seiner Position, Gerhard Schröder als kleineres Übel zu unterstützen, isoliert. Der Kongreß hat richtigerweise nur Heidi Zwickel als Wiczeorek-Zeul seine Unterstützung ausgesprochen, weil sie unter anderem in der Asylfrage und der Ablehnung von Bundeswehr-Kampfeinsätzen bisher standfest blieb. Diese Unterstützung wurde von vielen allerdings zu Recht kritisch gesehen, einige RednerInnen warnten davor, daß auch Wiczeorek-Zeul in der Zukunft in diesen Punkten umfallen könnte und man sie deshalb in die Pflicht nehmen und auf ihre Positionen "festnageln" müsse.

In der beschlossene Resolution heißt es auch: "Der Tanker SPD hat nicht nur die falschen Kapitäne und Offiziere auf der Kommandobrücke. Im Maschinenraum selbst liegen die Defekte".

Richtig. Aber wie sieht es mit der politischen Alternative des Juso-Verbandes aus? Linke Positionen, z. B. zur Verteidigung des Asylrechts, werden engagiert verteidigt. Die heutige tiefe Krise des Kapitalismus wird jedoch nur analysiert und beklagt, ohne klare Antworten zu geben.

Daran ändert auch nichts, daß nach dem Abwirtschaften der "reformsozialistischen" Strömung dieses Jahr mit Thomas Westphal wieder ein Kandidat der "Juso-Linken" zum Bundesvorsitzenden gewählt wurde (mit 157 zu 148 Stimmen). Er wurde in der Presse mit den Worten "Die Zukunft der Jusos ist linkssozialistisch oder gar nicht" zitiert. Die Forderungen der Jusos beschränken sich jedoch weiterhin auf Reparaturmaßnahmen am Kapitalismus, die nicht weit über das hinausgehen, was auch die offizielle SPD-Linke fordert. So wird dann auch die Unterstützung für Wiczeorek-Zeul fälschlicherweise unter anderem damit begründet, daß sie "ein schlüssiges Ge-

samt-konzept einer alternativen Wirtschaftspolitik" anzubieten habe.

Ein erster Schritt in eine "Zukunft als linkssozialistischer Verband" wäre es, zu den Forderungen nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und demokratischer Wirtschaftsplanung zurückzukehren, die von den Jusos noch Mitte der 80er Jahre vertreten wurden.

Aber nicht allein die programmatischen Schwächen lassen befürchten, daß die Aufbruchstimmung und der Führungswechsel keine grundlegende Änderung bringen werden. Die Jusos und besonders der Juso-Bundeskongreß sind von akademischer Diskussions- und Arbeitsweise geprägt. In der Rechenschaftsdebatte wurde kritisiert, daß der Bundesverband die Bewegung gegen Rassismus und Nazi-Terror vom letzten Herbst nicht richtig aufgegriffen hat. VORAN-Unterstützer erklärten, wie sie mit der Gründung der unabhängigen Initiative Jugend gegen Rassismus in Europa viele Jugendliche für die antifaschistische Arbeit erreichen und konkrete Erfolge erzielen konnten.

Trotz einiger guter Ansätze im Arbeitsprogramm fehlt eine Orientierung auf aktive und offensive Außenarbeit

und vor allem auf die Gewinnung von Auszubildenden und arbeitenden Jugendlichen.

Eine Begebenheit am Rande des Kongresses machte die Abgehobenheit eines Teils der Delegierten aber vor allem die Schwäche der Juso-Führung deutlich: 15 bis 20 BewohnerInnen eines Jugendwohnprojektes in Magdeburg brauchten Hilfe, um sich gegen einen drohenden Nazi-Angriff verteidigen zu können. Erst nach dem Drängen einer Reihe von Juso-Basismitgliedern wurden die Kongresteilnehmer vom Präsidium halbherzig informiert ("Wer Lust hat, kann hingehen . . ."). Die Initiative, zumindest einen Teil der ca. 400 Teilnehmer zu mobilisieren, wurde dann nicht etwa vom Bundesvorstand oder vom Präsidium, sondern von den anwesenden VORAN-Unterstützern und anderen Basismitgliedern ergriffen.

40 - 50 Jusos kamen mit, was ausreichte, um die zwanzig spätabends anrückenden Nazi-Skinheads von einem Angriff und die Polizei davon abzuhalten, gegen die Magdeburger Antifaschisten vorzugehen (was sonst üblicherweise passiert).

Ulf Petersen, Köln
Jungsozialist

25 Jahre Notstandsgesetze — Der Staat rüstet auf

Zur Not ohne Democ

Die Notstandsgesetze von 1968 sind die bis heute weitestgehende Änderung des Grundgesetzes. Durch diese "Ergänzung und Präzisierung" der Verfassung wurde die Möglichkeit für Regierung und Staatsapparat geschaffen, auf legalem Wege die Grundrechte auszuhebeln. Die Stabilisierung des Kapitalismus in der Nachkriegszeit, die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze und die staatliche Aufrüstung seit 1968 beschreibt dieser Artikel.

Das Grundgesetz (GG) in seiner ursprünglichen Form ist ein Produkt der ersten Nachkriegsjahre. Einerseits sind weitgehende demokratische Rechte festgeschrieben, anders als in der Verfassung der Weimarer Republik wird die Einschränkung durch die Exekutive (Regierung) erschwert. Es existiert sogar theoretisch ein Recht auf Widerstand gegen eine Diktatur.

Andererseits ist in der Verfassung und anderen Gesetzen die Wiederherstellung des Kapitalismus und die Niederlage der Arbeiterbewegung in den Nachkriegsjahren festgeschrieben.

Nach dem Zusammenbruch des Faschismus gab es einen schnellen Wiederaufbau der Arbeiterbewegung. Viele Arbeiter zogen die Schlussfolgerungen aus der Niederlage von 1933 und wollten einheitliche Organisationen. Die Mehrheit der Bevölkerung unterstützte die Forderung nach Vergesellschaftung der großen Konzerne. Der Zusammenhang zwischen dem faschistischen Regime, dem Krieg und dem Kapital war unübersehbar. Doch trotz des erstaunlich schnellen Aufrappels der durch die Nazis zerschlagenen Arbeiterbewegung, trotz des Willens, die Gesellschaft grundlegend zu verändern, wurde der Kapitalismus in Westdeutschland wiederhergestellt. In der Konsequenz hieß das, daß die Finanziere der Nazis ihre Konzerne behielten und Kriegsverbrecher als Richter und Staatsbeamte weiter im Staatsapparat saßen.

Grenzen des Systems.

Die intakte Arbeiterbewegung zwang die Adenauer-Regierung, gewerkschaftliche und soziale Rechte für die Masse zu garantieren. Doch gleichzeitig entwickelten Regierung, Staatsapparat und Justiz obrigkeitliche und polizeistaatliche Praktiken und legten den Grundstein für die staatliche Aufrüstung späterer Jahre. In der Debatte um das KPD-Verbot (diese hatte sich durch ihre Treue zum stalinistischen Block und sektiererisches Vorgehen isoliert) erfand das Bundesverfassungsgericht (BVG) die Auffassung von der auf dem Grundgesetz basierenden freiheitlich-demokratischen Grundordnung (fdGO). Diese beinhaltet, daß z. B. allein die als marxistisch-leninistisch bezeichnete Auffassung, eine Gesellschaft erreichen zu können, die mit Idealen übereinstimmt, dem GG widerspricht. Eine Übereinstimmung zwischen Idealen und Wirklichkeit kann es laut Bundesverfassungsgericht nicht geben. Daher muß auch akzeptiert werden, daß die im GG beschriebenen Ziele in der Rea-

schlossene äußere Feindbild. Teile der Studentenschaft beschäftigten sich mit den Aufständen und Befreiungsbewegungen gegen die westlichen Kolonialmächte in der "3. Welt".

Auf die ersten Anzeichen der Unruhe reagierte die Adenauer-Demokratie mit den Notstandsgesetzen. Auf der Grundlage der politischen Stabilität fühlte sie sich stark genug, in Vorberei-

Hat man aber schon einmal gehört, daß die Polizei den Arbeitern behilflich gewesen wäre, in einen ausgesperrten Betrieb zu gelangen, damit die Arbeiter ihre Arbeitskraft verkaufen können?

Flugblatt der IG Druck und Papier 1976

ung auf stärkere soziale Auseinandersetzungen die in der Nachkriegszeit zugestandenen demokratischen Rechte abzubauen. 1958 begann in Polizeikreisen die Diskussion. 1962 beschlossen IG Metall und DGB, sämtliche Notstandsgesetze abzulehnen und Widerstand zu leisten. Sie bezeichneten diese als eine Gefahr für die Arbeiterbewegung.

Bis 1965 wurden die sogenannten einfachen Notstandsgesetze (ohne Verfassungsänderung) verabschiedet. Durch diese "Verkehrs-, Wirtschafts- und Ernährungssicherstellungsgesetze" "kann die Bundesregierung auch in Friedenszeiten Millionen Menschen in Zwangsorganisationen erfassen (...) und die Freiheit der Arbeitnehmer einschränken." (IGM-Broschüre 1966).

Die Herrschenden wollten jedoch weitergehende Bestimmungen. Um "Notstandsmaßnahmen" zu rechtfertigen, sollte die Verfassung geändert werden.

Der Feind im eigenen Land

Mit der Änderung der politischen und wirtschaftlichen Situation 1966 wurden die Pläne konkreter. Die BRD rutschte zum ersten Mal in eine Wirtschaftskrise, in einigen Branchen kam es zu Betriebschließungen und massivem Arbeitsplatzabbau (Kohle). Verglichen mit heutigen Verhältnissen mag die Rezession von 66/67 lächerlich aussehen, aber sie bedeutete einen Einschnitt im Denken von Herrschenden und Arbeitern. Erstmals gingen Zehntausende von Arbeitern nicht für ihren Teil vom Aufschwung, sondern gegen die Bedrohung ihrer Existenz auf die Straße. Solche heute alltäglichen Proteste riefen 1966 bei den Herrschenden die Angst vor beginnenden radikalen Massenaktionen der Arbeiterbewegung hervor.

Mit den Störungen der "Sozialpartnerschaft" verstärkte sich auch die Unruhe unter der Intelligenz. Studentenproteste z. B. für Reformen im altertümlichen Bildungsbereich und gegen den Krieg in Vietnam nahmen zu.

Die Notstandsgesetze wurden in erster Linie mit einer Bedrohung von au-

ßen - konventioneller oder nuklearer Krieg - begründet. Im Kriegsfall soll durch sie das Funktionieren des Armees, des Verkehrs, der Gesundheitsversorgung erreicht werden.

Der Begriff "Spannungsfall" wurde neu geschaffen. Dieser Spannungsfall ist nicht genau definiert und nicht überprüfbar. Die Grenzen zwischen Kriegs- und Friedensrecht werden verwischt.

Das erlaubt weitgehende Eingriffe: die Entscheidungsbefugnisse werden vom Parlament auf die Regierung und den "Gemeinsamen Ausschuss" (aus Bundestag und Bundesrat) verlagert. Die Bundesregierung erhält Weisungsrecht gegenüber den Länderbehörden. Eine Ausschaltung gewählter Gremien und der Opposition wird auf legalem Wege möglich. Das Post- und Fernmeldegeheimnis kann eingeschränkt werden.

Nahezu jedes Arbeitsverhältnis kann in ein "öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis besonderer Art" umgewandelt werden. Die Arbeitszeit kann verlängert, Kündigungen untersagt werden.

Die auffälligsten Teile sind die militärischen: die NSG ermöglichen den Einsatz der Bundeswehr im Inland, sowohl im Kriegsfall als auch bei einem "inneren Notstand".

Zusammengefaßt bedeuten die Gesetze: die Regierung kann, relativ unabhängig von der Opposition oder besser mit dieser, einen Notstand ausrufen, ohne daß dieser überprüfbar wäre. Dieser Notstand ermöglicht die verfassungsmäßige, "demokratische" Einführung von Maßnahmen, die sonst in Militärdiktaturen zu finden sind. Darunter sind die Militarisierung des Arbeitslebens, die faktische Aufhebung vieler Grundrechte, die volle Verfügung über die Streitkräfte und die Aushebelung der Länder.

"Der eigentliche Sinn der Notstandsordnung ist eine innenpolitische ... nämlich die Absicherung, Vervollständigung, Totalisierung bestehender Herrschaftsverhältnisse." (Werner Hofmann auf dem Kongreß "Notstand der Demokratie", Okt. 66).



In einer ehrlichen Stunde sagte der Bundesinnenminister, daß der Staat für den Augenblick gerüstet werden müsse, in dem die "Sonne der Konjunktur" nicht mehr scheint. Ein Experte des baden-württembergischen Innenministeriums: "Es steht für mich außer Zweifel, daß wir härteren Zeiten entgegengehen ... es wird möglicherweise der Bestand des Staates davon abhängen, ob seine Polizei steht oder nicht."

Notstand der Demokratie

Mitte der Sechziger wuchs der Widerstand gegen die geplanten Notstandsgesetze. Ein Höhepunkt war im Oktober 1966 der Kongreß "Notstand der Demokratie". Über 20 000 demon-

strierten gegen die Vorbereitungen zum legalen Putsch. Doch die Bewegung verlor die Auseinandersetzung. Die große Koalition aus SPD/CDU/CSU verabschiedete am 30. Mai 1968 die vollen Gesetze. In der SPD hatte sich die Führung durchgesetzt.

Entscheidend war die Haltung der Gewerkschaftsführungen. Trotz deutlicher Resolutionen und Analysen, was diese Gesetze bedeuten, verzichteten diese auf einen konsequenten Kampf. IGM und DGB lehnten Streiks ab. Aber: "der DGB wird ... auch nach der endgültigen Verabschiedung ... mit demokratischer Wachsamkeit darauf achten, daß die Notstandsgesetze nicht mißbraucht werden. Jedem Mißbrauch wird der DGB mit allem ihm zur Verfügung stehenden Mitteln begegnen". Nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist, werden wir diesen auf jeden Fall abdichten!

Es kam nur zu vereinzelt Streikaktionen gegen die Verabschiedung der Gesetze. Teile der Arbeiterbewegung, wie der hessische DGB und auch die außerparlamentarische Opposition hatten jedoch einen Aufruf zum Generalstreik gefordert.

Staatliche Aufrüstung

Seit dieser Einschränkung der Grundrechte hat sich der Staatsapparat der BRD stark verändert. Heute ist Deutschland ein im polizeilichen Bereich hochmilitarisiertes Land, auch wenn im Alltag alles ganz friedlich aussieht. Von einem Telefon- oder Postgeheimnis zu sprechen, wäre übertrieben. Der sogenannte Bundesgrenzschutz (BGS) ist eine kasernierte Polizeitruppe, die in kürzester Zeit auch militärisch agieren kann. Das Demonstrationsrecht ist ausgehöhlt und kann, wenn politisch gewollt und durchsetzbar, durch polizeiliche Aktionen aufgehoben werden.

Während des Metaller- und Drukker-Streiks 1984 veranstaltete der BGS Manöver. Aus der Spielanleitung zu dieser Übung: "Der anhaltende Streit der Tarifparteien um die 35-Stunden-Woche hat das angespannte innenpolitische Klima entscheidend verschärft. Ausgehend von zunächst als Schwerpunktstreiks geplanten Aktionen in den Bezirken Nord-Württemberg/Nord-Baden und Teilen Süd-Hessens haben sich jedoch auch andere Bereiche wie IG Druck, ÖTV, Post und andere DGB-Gewerkschaften spontan zu wilden Streiks entschlossen, um Solidarität mit den Genossen vom IG Metall und IG Druck zu beweisen. Die DGB-Führung ist von dieser wilden Entschlossenheit an ihrer Basis völlig überrascht und hat die Kontrolle über ihre Mitgliedsgewerkschaften verloren."

Klassenstaat

"Dieser Staat ist unser Staat. Wir müssen zu diesem Staat stehen." Dieser Satz des Präsidenten des Industriellen-Verbandes in den Sechzigern ist wörtlich zu verstehen.

Die Spitzenbeamten, die Offiziere, Richter und Politiker, sind durch Einkommen, privilegierte Stellung, Tradition und die Auswahl während ihrer Karriere den Unternehmern eng verbunden.

Schon in ruhigen Zeiten, in denen die arbeitenden Menschen Fortschritte erreichen oder ihren Lebensstandard halten können, sichert der Staatsapparat die Profite.

Doch in normalen Zeiten sind die wichtigsten Mittel zur Stabilisierung die Einbindung in das parlamentarische System, die ideologische Betäubung und Zugeständnisse an die Arbeiterklasse.

Die bürgerliche Demokratie ist für



Polizeieinsatz gegen Spontanstreik im Kölner Ford-Werk

Adenauer-Jahre: Stabilität und Unterdrückung

Das ab Beginn der 50er einsetzende "Wirtschaftswunder" schloß die Stabilisierung des westdeutschen Kapitalismus ab, ideologisch verstärkt durch das abschreckende Beispiel der stalinistischen Diktatur in der DDR.

Ab Mitte der 50er begann sich der Aufschwung auch in der Tasche der Arbeiter auszuwirken: die Reallöhne stiegen, Vollbeschäftigung wurde erreicht. Der Kapitalismus schien für die Arbeiter die Möglichkeit eines langfristig ansteigenden Wohlstandes zu bieten. Das Kapital machte die Zugeständnisse nicht freiwillig. Für soziale Verbesserungen wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder höhere Löhne wurde gestreikt. Die Arbeiterbewegung war auch in politischen Auseinandersetzungen gegen Westintegration, Wiederbewaffnung und atomare Aufrüstung engagiert. Doch die Zustimmung zum Kapitalismus brauchte vom Staat nicht erzwungen werden, die Bewegungen stießen nicht an die

lität der BRD nicht existieren.

Diese Auslegung von Verfassungstreue ermöglicht die Benennung von "Verfassungsfeinden". Sie wird in den 70ern zur Begründung der Berufsverbote gegen die verwendet, die "uneinsichtig rechthaberisch" (O-Ton BVG) sind.

Aufbruch in den Sechzigern

Zu Beginn der Sechziger nahm die Unzufriedenheit vor allem der studentischen Jugend politischere Formen an. Mehr Leute rebellierten gegen den Muff, die kulturelle Enge und den autoritären Charakter der Adenauer-Jahre. Nach den Konzentration auf den Wiederaufbau traten andere Aspekte der BRD deutlicher hervor. Trotz Einkommensverbesserungen für die abhängig Beschäftigten waren die Unternehmer die Nutznießer des "Wirtschaftswunders". Deutlicher wird auch die Verlogenheit der "Entnazifizierung". Die Entspannung zwischen dem Westen und der Sowjetunion und ihren Verbündeten schwächte das ge-

kratie

das Kapital die billigste und bequemste Herrschaftsform. Ein dem Lobbyismus aufgeschlossenes Parlament ist für die Konzerne viel besser kontrollierbar als irgendwelche Cliques im Staatsapparat, die sich alleine auf nackte Gewalt stützen und dazu neigen, den Kontakt zur Wirklichkeit zu verlieren.

Die Notstandsbestimmungen, die "Anti-Terror"- und Sicherheitsgesetze haben die legale Einführung des Poli-



zeistaates ermöglicht. Sie sind eine gesetzliche, technische und organisatorische Vorbereitung auf kommende Kämpfe.

Das bedeutet nicht, daß die BRD schon ein Polizeistaat ist. Über staatliche Unterdrückung entscheiden nicht allein die Buchstaben des Gesetzes, sondern die sozialen Kräfteverhältnisse.

In Zeiten harter Klassenausdehnungen enthüllt sich jedoch der Kern des "Gemeinwesens Staat": Nach Friedrich Engels besteht der Funktion des kapitalistischen Staates letztendlich "in besonderen Formationen bewaffneter Menschen, die Gefängnisse und anderes zu ihrer Verfügung haben." Oder zeitgemäßer in Armee, Polizei und Justiz.

Der Putsch in Chile 1973 gegen die gewählte sozialistische Regierung zeigt, wie die herrschende Klasse zur militärischen und polizeilichen Gewalt greift, um ihre Herrschaft zu retten. Der Eid der Generale auf die Verfassung war keinen Pfifferling mehr wert.

Verfassungswirklichkeit

In der Phase nach 1968 brauchte das Kapital die Notstandsbestimmungen nicht einzusetzen. Trotz politischer Radikalisierung und militanten Kämpfen der Arbeiter war die Herrschaft des Kapitals nicht in Gefahr. Auf der Basis des wirtschaftlichen Aufschwungs bis Mitte der Siebziger blieben die Aktionen innerhalb des Systems, die Hoffnungen konzentrierten sich auf die SPD/FDP-Regierung. Der Preis, den die Unternehmer für die reformistische Befriedung bezahlen mußten, waren weitreichende soziale Reformen, die den Lebensstandard der deutschen Arbeiterklasse anhoben.

Ein anderes Beispiel: Während des Generalstreiks in Frankreich 1968 hätten Regelungen wie die Notstandsgesetze den Machthabern dort wenig genutzt. Zehn Millionen Arbeiter waren im Streik. Die Regierung De Gaulle war außer Landes geflohen, einfache Soldaten und Polizisten sympathisierten mit den Arbeitern. Polizeiangriffe hatten die Bewegung zu Beginn explodieren lassen, ein stärkerer Einsatz staatlicher Unterdrückungsmittel hätte die Arbeiter noch weiter getrieben. Letztendlich blieb auch in Frankreich das Kapital an der Macht (siehe VORAN Nr. 151). Doch noch so raffinierte Polizeistaatsregelungen können eine Massenbewegung nicht stoppen. Der Einsatz direkter Unterdrückung bleibt für die herrschenden Klassen in Westeuropa ein risikoreiches Unterfangen.

Die wirkliche Verfassung, das sind die tatsächlichen Machtverhältnisse

Ferdinand Lasalle,

Mitbegründer der deutschen Arbeiterbewegung

Doppelstrategie

Für die Mehrheit der Menschen in der BRD hat es keine erfahrbare Einschränkung ihrer demokratischen Rechte gegeben. Trotz "Politikverdrossenheit" und der weitverbreiteten



Demonstration gegen Notstandsgesetze in München

Aufassung, daß "die da oben" sowieso Gangster sind, betrachtet die Mehrheit diesen Staat als eine Verwaltung im Interesse aller.

Doch schon heute werden Unterdrückungsmaßnahmen gegen Teile der Bevölkerung eingesetzt.

In den Siebziger Jahren wurden "Verfassungsfeinde", meistens Mitglieder der DKP und anderer linker Organisationen, mit Berufsverboten belegt. Sie durften nicht als Lehrer, Post- oder Bahnangestellte arbeiten. Von 1977 bis 1986 wurden 3,5 Millionen Beamten und Bewerber nach dem Berufsverbotsgesetz überprüft. 10 000 Berufsverbote wurden verhängt. Diese Bestrafung für kritische Ideen wurde von einer SPD-Regierung verhängt.

Vor allem ab 1977 benutzte der Staat die Anschläge der RAF, um Kritiker zu schikanieren. Viele wurden als "Sympathisanten" verdächtigt, die überall präsente Polizei hatte nicht nur die Aufgabe, RAF-Leute zu suchen, sondern die gesamte Linke einzuschüchtern.

Die 1976 beschlossenen Änderungen des Strafrechtsparagrafen 129 stellen nicht nur die Bildung einer terroristischen Vereinigung, sondern auch deren Unterstützung durch Pro-

paganda unter Strafe. Dies wurde vom Staat benutzt, um linke Journalisten mundtot zu machen.

Mit den "Sicherheitsgesetzen" von 1989 ist das Versammlungsverbot für Demonstration und die Vorbeugehaft für Menschen, die schon einmal "Landfriedensbruch" begangen haben, ermöglicht worden. Durch das "Zusammenarbeitsgesetz - ZAC" von 1989 ist die Vernetzung von Polizei und Geheimdiensten verstärkt worden.

Die Anti-AKW- und die Friedensbewegung haben viel Erfahrungen mit dem Staatsapparat gemacht. Demonstrationen in Brokdorf, Wackersdorf und an der Startbahn West hatten Ähnlichkeit mit Feldschlachten. Die Demos wurden mehrfach von Tausenden von Polizisten angegriffen, dabei wurden Hubschrauber, Hundestaffeln und CS-Gas eingesetzt. Obwohl Hunderttausende gegen AKWs und Aufrüstung auf der Straße waren, darunter auch viele Gewerkschaftsmitglieder, hatten diese Demos einen anderen Charakter als Arbeitskämpfe. Die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung sah die Polizeiaktionen nicht als Angriff auf ihre demokratischen Rechte. Viele Leute glauben Berichte über Polizeigewalt erst dann, wenn sie selbst die Erfahrung mit dem Knüttel machen.

In Arbeitskämpfen ist in der BRD die Polizei seltener als in anderen Ländern eingesetzt worden. Bei Streiks 1973, 1978 und 1984 gab es Auseinandersetzungen mit Streikbrechern. Die Polizei wurde dort eingesetzt, um für diese den Weg freizumachen. Dabei kam es zu Rangeleien. 1973 stürmten Streikbrecher und 1000 Polizisten die Ford-Werke in Köln-Riehl, um den "wilden Streik" von 5000 überwiegend türkischen Arbeitern zu brechen. Dem war eine rassistische Spaltungskampagne vorausgegangen. Beim Druckerstreik 1976 gab es ernsthafte Zusammenstöße. In Darmstadt und Berlin wurden Schlagstöcke und Tränengas gegen Streikposten der IG DruPa eingesetzt. Gewerkschafter wurden verhaftet und bekamen Anzeigen wegen Nötigung.

Beim Kampf in Rheinhausen 1987, wo am bisher stärksten illegale Methoden wie Straßenblockaden eingesetzt wurden, war ein Einsatz der Polizei nicht möglich. Zu groß war die Solidarisation der einfachen Beamten mit den Stahlarbeitern.

Wilder Osten?

Zugespißt hat sich die Lage im Osten. Dort gab es schon in den ersten zwei Wochen des Metallstreiks ungewöhnlich viele Konfrontationen mit Streikbrechern, auch die Polizei erschien schnell. Bei der Elbe-Werft in Boizenburg reichte laut IGM ein Anruf

der Betriebsleitung und Polizeieinheiten standen in Bereitschaft. Wegen einer Schienenblockade von SIMENS-Monteuren in Eilsleben während der Warnstreiks ermittelt der Bundesgrenzschutz gegen die IGM.

Bei Protesten der thüringischen Kali-Bergarbeiter vor der Berliner Treuhand-Zentrale kam es zu Schlägereien mit Polizeibeamten.

Offensichtlich ist von oben eine härtere Linie verordnet worden, Arbeiterproteste sind nicht mehr tabu für Repression. Dies bedeutet im europäischen Maßstab eine "Normalisierung". Beim britischen Bergarbeiterstreik 1984 kam es zu massiven Schlächten mit der Polizei, für spanische Schiffbauer, französische Krankenschwe-



stern, Bauern und Fischer oder belgische Feuerwehrleute ist dies nichts Besonderes.

Ein Schwerpunkt staatlicher Unterdrückung richtet sich zur Zeit gegen Flüchtlinge. Flüchtlingsheime sind willkürlichen Razzien ausgesetzt. Als Begründung werden illegale Einwanderer oder vermutete Drogenlager angegeben. Gefunden wird selten etwas.

Brutal offen handelt der Staatsapparat in bezug auf Faschisten und Antifas. Polizei und Justiz sind hier Bestandteil der politischen Strategie, Rassisten und Faschisten bis zu einem gewissen Grad zu fördern.

In ganz Deutschland, aber vor allem im Osten, wird heute, in Zeiten relativer Ruhe, unter einem Regime bürgerlicher Demokratie, der Staatsapparat zur Einschüchterung der Linken und ansatzweise auch der Arbeiter insgesamt eingesetzt. Die hohen Herren in Bonn wissen, daß ihre Angriffe auf die Errungenschaften der Arbeiterbewegung nicht ohne Gegenwehr ablaufen. Sie bereiten alle Mittel vor, zeigen den potentiellen Widerständlern schon einmal, wer der Herr im Hause ist. Alle Antifaschisten und Gewerkschafter sollten sich darauf einstellen, daß der Einsatz des Staatsapparates in den nächsten Jahren verstärkt erfolgen wird und die Regierenden mehr und mehr Teile ihrer Gesetze und ihrer Technik gegen die Arbeiterbewegung einsetzen werden.

Claus Ludwig, Köln
IG Medien- und
SPD-Mitglied

Kastriertes Streikrecht

Der frühe Widerstand der Gewerkschaften führte dazu, daß in den Notstandsgesetzen das Streikrecht garantiert wurde. Dort heißt es: "(die polizeilichen Regelungen) ... finden keine Anwendung auf Arbeitskämpfe, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen geführt werden." Im Klartext: auch im Notstand darf "normal" gestreikt werden bzw. "normale" Streiks lösen keine Notstandsmaßnahmen aus. Die sozialdemokratische Spitze und Teile der Gewerkschaften ließen sich dadurch beruhigen.

Doch abgesehen davon, daß unter den Bedingungen von massenhaften Dienstverpflichtungen, Ernennung von Betriebsinhabern zu Selbstschutzleitern und von oben verordneter längerer Arbeitszeit ein Streik wohl schwer möglich wäre, gibt es noch mehr Haken.

Das deutsche Streikrecht weist einige Besonderheiten auf: erst einmal existiert es gar nicht. Im GG ist die Koalitionsfreiheit (Recht, u. a. Gewerkschaften zu bilden) festgeschrieben. Die deutsche Rechtslehre leitet daraus das Streikrecht ab. Dies ist jedoch durch die Rechtsprechung eingeschränkt. Streiks müssen sozialadäquat (= angemessen) und ein letztes Mittel sein. Grundsätzlich werden Streiks in der BRD als unerwünschte Störung, das "Gemeinwohl" als wichtiger angesehen. Sie sind nur in engen von Gerichten gezogenen Grenzen legal. Wilde Streiks, die nicht von einer Gewerkschaft ausgerufen werden oder innerhalb der Friedenspflicht laufen, sind ebenso wenig erlaubt wie politische Streiks.

Mit der Wirklichkeit hat dies wenig zu tun. Erlaubt ist zwar nicht, was gefällt, aber was den Kräfteverhältnissen entspricht. Trotz des begrenzten Streikrechtes konnten die Gewerkschaften in Deutschland viel durchsetzen.



Bremer Vulkan Werft 1973

Auch "Wilde Streiks" waren erfolgreich. Auch arbeiterfeindliche Gesetze und reaktionäre Richter konnten Massenmobilisierungen nicht stoppen.

Das konnten auch die Notstandsgesetze nicht verändern. Gesetzesbuchstaben sind noch lange keine Wirklichkeit. Doch wenn hinter ihnen materielle Mächte wie Unternehmer und der Staatsapparat stehen, sind sie mehr als leere Worte. Die Legalisierung diktatorischer Maßnahmen erleichtert auch die Begründung für die Herrschenden, wenn diese nötig werden.

Effektiv können durch die Notstandsgesetze alle Arbeitskämpfe von den Machthabern als nicht angemessen erklärt und als gegen das "Gemeinwohl" gerichtet erklärt werden. Dienstverpflichtungen, Versammlungsverbote und Polizei- und Armeeeinsätze gegen Streikende wären dann möglich. Ein Streik wäre dann Auflehnung gegen die Staatsgewalt, die sich schützend vor die Unternehmerinteressen stellt.

Südafrika Teilerfolg durch Hungerstreik

Am 1. Mai haben 21 politische Gefangene einen unbefristeten Hungerstreik für ihre Freilassung begonnen. Dieser Streik wurde am 14. Mai ausgesetzt, nachdem ein Teilerfolg erreicht wurde.

Anfangs wurde der Streik von der Führung des ANC (Afrikanischer Nationalkongress) weitgehend ignoriert. Aber bereits am 10. Mai wurde der ANC in der Presse zitiert: "Wenn einer der Hungerstreikenden stirbt, wird dies die Versuche gefährden, Frieden in den Townships zu erreichen." Kurz vor Aussetzung des Streiks waren alle 21 wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes im Krankenhaus.

Durch die von den Streikenden gezeigte Entschlossenheit und durch die breite internationale Solidaritätskampagne wurde erreicht, daß die Frage der "vergessenen" politischen Gefangenen wieder auf die Tagesordnung gekommen ist. Ein weiteres Ergebnis des öffentlichen Drucks durch den Streik war, daß drei andere Gefangene am 18. Mai freigelassen wurden, wenn auch die Regierung gleichzeitig drei reaktionäre Gangster freigelassen hat.

Bereits Anfang 1990 hat Präsident de Klerk im Zusammenhang mit seinem Verständigungskurs mit dem ANC eine allgemeine Amnestie für politische Gefangene angekündigt. Am 26. September 1992 verabschiedete die südafrikanische Regierung eine Erklärung, die die Entlassung aller verbleibenden politischen Gefangenen vorsah. Dann führte der Präsident eine Regelung ein, nach der die Gefangenen einzeln Anträge auf Entlassung an ein ungewähltes, parteiisches Gremium stellen müssen (Further Indemnity Act). Die Regierung will so die Freilassung der Gefangenen insgesamt verhindern.

Gefangene als Geiseln

Leider hat sich die ANC-Führung in der Frage der Gefangenen bisher kompromißbereit gezeigt. Lange her sind die Zeiten, wo die Freilassung aller politischen Gefangenen für den ANC Vorbedingung war, um überhaupt Verhandlungen mit der Regierung zu beginnen.

Der ANC hat durch den Verzicht auf massiven politischen Druck und Massenaktionen für die Gefangenen zugelassen, daß die Regierung politische Gefangene unter dem Vorwand, sie seien normale Kriminelle, praktisch als Geiseln behalten konnte. Wer zum Beispiel wegen bewaffneter Selbstverteidigung gegen den Terror der Inkatha-Mörderbanden einsitzt, gilt nicht als politischer Gefangener!

Die Unterstützung durch den ANC und die öffentliche Aufmerksamkeit sind ein Erfolg für den Streik der 21 von Leeuwkop. Aber noch sind sie und die anderen politischen Gefangenen nicht frei. Der Druck auf die Regierung muß aufrechterhalten werden. Auch hat der Direktor des Gefängnisses von Leeuwkop ein Abkommen gebrochen, daß keiner der Streikenden gemafregelt wird. Sie wurden inzwischen vom Status "A" auf "B" gesetzt: Sie dürfen keine Besucher mehr empfangen und es droht der Verlust weiterer Rechte.

Schreibt Protestbriefe mit der Forderung nach Freilassung der 21 von Leeuwkop und aller politischen Gefangenen an:

FW de Klerk, Tuynhuys, Private Bag X1000, Cape Town, Südafrika

Südafrikanische Botschaft, Auf der Hostert 3, 5300 Bonn, Fax: 0228/8201148, Tel: 0228/82010.

Kopien an:

Kampagne Freiheit für politische Gefangene in Südafrika, c/o Geert Möbius, Rothenburger Str. 17, 5000 Köln 91, Fax 137280

Die Bundeswehr macht ernst

Nicht Helfer, Helden brauchen wir

Seit Mitte Mai robt das erste Vorabkommando der Bundeswehr durch die somalische Einöde. Unter dem Vorwand der humanitären Hilfe sollen sie den Weg bereiten für über 1600 Soldaten, die ab August in Somalia mit Maschinengewehren, Panzerfäusten und Panzern bewaffnet Stellung nehmen sollen.

Wer kennt sie nicht, die schrecklichen Bilder aus Somalia von verhungerten Kindern und flüchtenden Menschen. Wirkliche Hilfe wäre angebracht. Aber die Bundesregierung und ihre Militärstrategen nutzen dieses Elend aus, um der Bevölkerung hierzulande vorzutäuschen, der Einsatz der Bundeswehr wäre notwendig. Ginge es tatsächlich um humanitäre Hilfe, wären die bekannten Hilfsorganisationen besser geeignet. Sie verfügen über entsprechende Ausrüstung und Erfahrung. Zudem wäre nach Angaben der Hilfsorganisationen ihr Einsatz wesentlich billiger als der der Bundeswehr.

Besatzungsarmee

Aber es geht nicht um humanitäre Hilfe. In einem seltenen Augenblick der Ehrlichkeit lehnte Verteidigungsminister Rühle reine Versorgungsaktionen ab: "Wir wollen ja keine Schauerleute dahin schicken." Der Einsatz der Bundeswehr in Somalia ist ein Kriegseinsatz.

Einen Tag nach Eintreffen des Vorabkommandos in Somalia stellte der Generalinspekteur der Bundeswehr, Naumann, bereits die Öffentlichkeit auf die ersten Todesopfer ein. Tote seien "zwangsläufig" zu erwarten. "Diese Realität ist trotz aller Vorsorge eine betäubliche Gewißheit". Naumann hofft nur, daß der erste "Verlust bei uns nicht zu Streit führt, sondern uns in der Gemeinsamkeit von Trauer, Mitgefühl und Respekt eint."

Auf dem ersten Heldengrabstein wird wahrscheinlich stehen: "Gefallen für Einigkeit, Recht und Freiheit und für das deutsche Vaterland".

"Erweiterte Landesverteidigung"

Welche Gemeinsamkeit meint Naumann? Die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist gegen Bundeswehrekampfeinsätze außerhalb der Nato. Naumann meint wahrscheinlich die Gemeinsamkeit zwischen Bundesregierung, Generalen und Kapitalisten, die gern "die deutschen Interessen" in ganzer Welt vertreten sehen.

Somalia ist nicht der Anfang der neuen Militärgeschichte Deutschlands. Zuerst wurden Minensuchbote in den Persischen Golf verlegt, dann schickte die Bundeswehr Hubschrauber für die UN in den Irak, in Kambodscha sind über 150 Sanitätssoldaten zwischen

den Fronten und schließlich setzte das Bundesverfassungsgericht die Awacs-Einsätze über Bosnien-Herzegowina gegen die von ihm gehütete Verfassung durch. Nun stehen schwer bewaffnete Soldaten in Somalia.

Schritt für Schritt in den Krieg — langsam aber sicher. Das ist die Devise



US-Soldaten im Einsatz in Somalia

von Rühle und seinen Generalen.

Anfang 92 legten führende deutsche Generale das ideologische und militärstrategische Gerüst für die Bundeswehr. "Verteidigungspolitische Richtlinien" (VPR) nannte sich das neue Handbuch der Militärdoktrin. Dem damaligen Außenminister Genscher gingen die Richtlinien zu weit. Ein Grund, warum er abdanken mußte. Er war Außenminister in einer ruhigen, stabilen Epoche. Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus ist das alte Feindbild verschwunden, aber auch die politische und wirtschaftliche Stabilität der Nachkriegszeit. Neue Bürgerkriege in der sogenannten "3. Welt" und in der ehemaligen Sowjetunion entstehen fast monatlich. Der "islamische Fundamentalismus" löst den "Kommunismus" als das neue Feindbild für die Militärs in der westlichen Welt ab.

Der freie Welthandel

Das Gespann Kinkel/Rühle hat die Aufgabe, die Bevölkerung auf

Kriegseinsätze in aller Welt vorzubereiten. Dies kann den "Verteidigungspolitischen Richtlinien" entnommen werden. Die BRD ist wirtschaftlich ein Riese, aber militärisch ein Zwerg. Das soll verändert werden: "Aufgrund seiner politischen und wirtschaftlichen Potenz" besitze Deutschland "eine Schlüsselrolle für die Fortentwicklung der europäischen Strukturen" (VPR 17). An anderer Stelle heißt es: "Verteidigungsvorsorge kann künftig nicht auf das eigene Territorium beschränkt bleiben ... Ein Teil der deutschen Streitkräfte muß daher zum Einsatz

außerhalb Deutschlands befähigt sein".

Die Aufgaben der "schnellen Eingreiftruppen" in den USA sollen in der BRD "Krisenreaktionskräfte" übernehmen. Deutschland soll zur führenden militärischen Macht in Europa und zur selbständigen Weltpolizei avancieren. Aber warum? Auch das beantworten die "Verteidigungspolitischen Richtlinien". Da ist die Rede davon "die Grundwerte Deutschlands zu bewahren, seine Interessen durchzusetzen ..." (VPR 2). Die Bundeswehr soll zur "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu den Märkten und Rohstoffen in aller Welt ..." (VPR 8) eingesetzt werden.

Es wird deutlich, daß die Interessen wirtschaftlicher Art sind. So wie die USA gegen Irak ein Krieg für ihre "Interessen im arabischen Raum geführt haben, so sollen zukünftig deutsche Soldaten die Interessen von Daimler Benz, Siemens und anderen Konzer-

nen durchsetzen.

Es gibt auf der Welt derzeit 53 Kriege. Wo werden als nächstes Bundeswehrruppen eingesetzt. Vielleicht in Zaire, einem rohstoffreichen Land, in dem der Diktator durch einen Bürgerkrieg zu stürzen droht?

Verfassungsrichter Gewehr bei Fuß

Alle Parteien, einschließlich eines großen Teiles der SPD-Führung, befürworten Kampfeinsätze. Sogar der DGB-Vorsitzende Hans-Werner Meyer hat sich dahingehend geäußert. Dafür hat der Gewerkschaftstag der IG Medien berechtigterweise seinen Rücktritt gefordert. Krieg in aller Welt zu führen, um die Interessen der großen Konzerne zu vertreten, ist nicht im Interesse der Arbeitnehmer. Die Kampfeinsätze werden von den Steuergeldern der Arbeitnehmer bezahlt und es sind ihre Kinder, die für die Interessen der Konzerne sterben sollen.

Die SPD-Führung setzt auf das

Bundesverfassungsgericht, um Kampfeinsätze zu verhindern. Aber das Bundesverfassungsgericht ist mehrheitlich von konservativen Kräften besetzt und steht auf der Seite der Herrschenden. Dies zeigt die Entscheidung zu den AWACS-Einsätzen.

Das Vorgehen der SPD — hoffungslose formaljuristische Auseinandersetzungen ohne die Bevölkerung über die militaristischen Pläne der Regierung aufzuklären und inhaltlich Widerstand zu leisten — ist nur noch lächerlich.

Die Regierung, die unsere Tarife bricht, Löhne drückt und Sozialabbau betreibt, will die gleichen Kapitalinteressen mit Hilfe der Bundeswehr durchsetzen. Beim Einsatz in Somalia hat sie die humanitäre Maske schon halb vom Gesicht genommen. Wir treten gegen jegliche BW-Einsätze ein und kämpfen für diese Haltung in SPD und Gewerkschaften.

Frank Klobes, Kassel

Besatzungsarmeen

Die BW-Soldaten sollen im mittelsomalischen Belet Huen kanadische Einheiten ablösen. Diese Einheiten haben dort gewütet. Vier Somalis sind getötet worden. Das kanadische Verteidigungsministerium ermittelt wegen Mordverdachts gegen einige Fallschirmjäger. Bestätigt wurden Berichte, daß viele Soldaten eine rassistische Einstellung haben. Einige der kanadischen "Helfer" ließen sich mit Hakenkreuzen und anderen Nazi-Symbolen fotografieren.

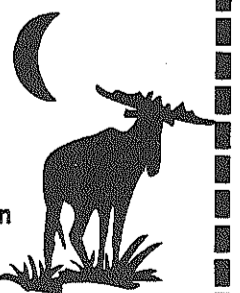
Die Aufgabe der deutschen Einheiten wird hauptsächlich die Sicherung des Nachschubs für andere UN-Einheiten sein. Auch Waffen, die für die Niederschlagung von Unruhen und Kämpfen eingesetzt werden, werden "unsere Jungs" transportieren. Die somalischen Menschen haben längst den Glauben an die "Helfer" verloren. Zu viele Jugendliche wurden willkürlich festgenommen oder getötet. Zu viele Pakete zwischen den verbrecherischen Miliz-Chefs und den US- und sonstigen Truppen sind geschlossen worden. Die UNO-Truppen entlarven sich mehr und mehr als Bewahrer einer "Stabilisierung" im Interesse des Westens, als klassische Besatzungsmacht. Die Bundeswehr nimmt in Somalia an einer imperialistischen Polizeiaktion teil.

Schwedisches Sommerlager

Organisiert von OFFENSIV und Elevkampanjen (Schwedens sozialistische Jugendbewegung)

4. - 10. Juli 1993 Stockholm

Das Camp findet am Meer, eine Stunde von Stockholm entfernt, statt. Junge Sozialisten aus Polen, Rußland, Norwegen, Großbritannien und anderen Ländern werden teilnehmen. Diskussionen über Jugend gegen Rassismus in Europa, Krise der EG, Krieg in Bosnien, Revolution in Südafrika. Wird es ein neues 1968 geben? und zu vielen anderen Themen sind geplant. Außerdem kann man schwimmen (Das Camp ist nur wenige Kilometer vom Strand entfernt), Windsurfen (mit Anleitung); es gibt ein Fußballturnier, Grillabende und eine professionelle Kinderbetreuung. Kosten: 700 schwedische Kronen = ca. 152 DM inklusive Vepflegung! Anmeldung: OFFENSIV Tel. 00 46 / 8 605 9401 Jetzt anmelden! Koordination der Teilnahme aus Deutschland: Pucki und Katrin (Lübeck), Tel. 0451 / 792804



Diskussion über Jugoslawien

Serbische Alleinschuld?

Zu unseren Artikeln in der letzten VORAN erhielten wir einen Leserbrief von Jürgen Karwelat aus Berlin. Die Redaktion nimmt zu seiner Kritik Stellung.

Betr.: VORAN 151 "Kohl auf Kriegskurs"

Liebe Leute,

eine marxistische Monatszeitung sollte sich vielleicht auch einmal mit marxistischem Ansatz die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien ansehen. Dann könnte man zu dem Ergebnis kommen, daß ein wesentlicher Teil der Ursachen darin zu finden ist, daß die im alten Jugoslawien herrschende Klasse, nämlich der Verwaltungsapparat, ein natürliches Interesse am Fortbestand des Staates hatte. Die serbisch dominierte Armee und auch die serbisch dominierte Staatsverwaltung haben beim Auseinanderbrechen von Jugoslawien ihre ureigenen Eigeninteressen (Arbeitsplatz in der Armee, Pensionen, andere Privilegien) gegen alle diejenigen verteidigt, die eine Änderung des status quo bewirken wollten. Dabei hat die alte Oligarchie nicht mehr auf die abgenutzte alte Ideologie, sondern vor allem auf den Nationalismus gesetzt. Jetzt ist der Dämon aus der Flasche und bringt auch diejenigen um, die ihn entfesselt haben. Es sei denn, sie wenden sich und werden von alten "Sozialisten" zu neuen Nationalisten.

Euer Autor Vlado Babic äußert zum Teil Töne, die ich aus dem deutschen Sendungen von Radio Jugoslawien (...) gewöhnt bin. Wie kommt der Autor dazu, daß die UNO "in erster Linie die kroatische Regierung" unterstützt? Der Papiertiger UNO hat sich in seinen bisherigen Aktionen und Resolutionen stets gegen die bosnisch-serbischen Angriffe auf Städte und Dörfer, aber auch gegen die Aggression der kroatischen Serben (...) gewandt. Werden Resolutionen gegen nationalistische Serben verfaßt, kann man dies wohl kaum als als Unterstützung der kroatischen Regierung auffassen. Vlado Babic versucht auch den Eindruck zu vermitteln, daß die Regierungen des serbischen Milosevic und des kroatischen Tudjman gleiche seien in ihrer "expansionsorientierten Politik".

Ohne die nationalistische Regierung in Zagreb in Schutz nehmen zu wollen, muß man Schreiber und Leser aber auf die Kleinigkeit aufmerksam machen daß nicht etwa Serbien Ziel einer militärischen Aggression war, sondern zuerst Slowenien, dann Kroatien. Kroatien ist zu 1/3 durch Truppen der ehemaligen Bundesarmee, jetzt serbische Armee und Freischärler, besetzt. Nicht Belgrad wird beschossen, sondern Sarajewo und andere bosnische Städte. Wer will da noch von gleichermaßen großer Aggression sprechen?

In einem Krieg sind eben nicht alle gleich. Es gibt Angreifer und Verteidiger. Wer wollte heute den verbrecherischen Überfall Hitlerdeutschlands auf

Polen gleichsetzen mit den Verbrechen und Vertreibungen an der deutschen Bevölkerung in Ostpreußen, Schlesien und Pommern?

Jürgen Karwelat



Lieber Jürgen,

vielen Dank für Deinen Brief. Du willst die nationalistische Regierung in Zagreb nicht in Schutz nehmen, aber genau das tust Du. Die Angreifer im ehemaligen Jugoslawien sind die nationalistischen Kriegsherren in Serbien und Kroatien und ihre mordenden Truppen. Angegriffen werden die einfachen Menschen aller Nationalitäten. Die serbischen Angreifer sind militärisch besser ausgerüstet und haben zu Kriegsbeginn die ehrgeizigsten Ziele gehabt. Der Krieg von serbischer Seite wird daher brutaler und effektiver geführt. Die meisten Greuelthaten gehen auf das Konto der serbischen Nationalisten.

Doch wer das Geschehen verfolgt, der kann an den Tatsachen nicht vorbei: Bosnien-Herzegowina wird von serbischen und kroatischen Einheiten

zerstört und aufgeteilt. Selbst deutsche Medien reden jetzt vom zwei Jahre alten Geheimabkommen zwischen Tudjman und Milosevic, das diese Aufteilung regelt. Serbische Einheiten befinden sich in ihrer Schlußoffensive, kroatische Einheiten in Vitez und Mostar gehen von Geplänkeln zu Offensiven und "ethnischen Säuberungen" über.

Und der Westen unterstützt in erster Linie Kroatien. Doch auch Serbien als militärische Ordnungsmacht in der Region kann den EG-Staaten und den USA nutzen. Daher die Beschränkung auf Resolutionen. Die grausige "Stabilisierung" der Region durch zwei autoritäre Staaten ist das Ziel des Westens. Sogenannte Friedenspläne wie der Vance-Owen-Plan schreiben die "ethnischen Säuberungen" fest und belohnen die erfolgreichen Aggressoren.

Überdeckt wird das in der BRD durch die Propaganda, die sich bisher fast ausschließlich gegen den serbischen Staat und "die Serben" als Volk richtet. Sozialisten lehnen diese nationalistische Schuldzuweisung ab. Dies nützt denjenigen, die Jugoslawien benutzen, um Militäreinsätze zu rechtfertigen und die davon ablenken wollen, daß Nationalismus von den Herrschenden "gemacht" wird. Wir treten dafür ein, daß die Opfer des Krieges, die Unterdrückten und Ausgebeuteten - ob Moslems, Kroaten oder Serben - sich zusammenschließen und gegen die nationalistischen Kriegsherren erheben. Wir unterstützen alle Formen des gemeinsamen Kampfes wie z. B. die Verteidigung von Städten und Dörfern gegen nationalistische Angriff durch nationalitätsübergreifende Milizen. Genau dies ist das marxistische Herangehen an den Bürgerkrieg in Jugoslawien.

Redaktion VORAN



Internationale Notizen

Tod für den Profit

Bangkok/Thailand — 250 zum meist junge Arbeiterinnen sind bei einem Brand in der Fabrik des Puppenherstellers Kader International lebendigen Leibes verbrannt oder erstickt. In Thailand und anderen Billiglohnländern gibt es so gut wie keine Sicherheitsvorkehrungen, die Fabriken sind Todesfallen, allerdings sehr profitabel. Die Arbeiterinnen haben zum meist einen Zehnstundentag (plus Überstunden) und bekommen einen Mindestlohn von 8 DM, der aber oft unterschritten wird (Tageszeitung, 14. 5. 93).

Gewerkschafter in Gefahr

Nach Angaben des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IEFG) sind 1992 weltweit 260 Gewerkschafter getötet worden (1991: 200), davon allein 100 in Kolumbien und 80 in Südafrika.

Krieg mit "friedlichen" Mitteln

Irak — Das vor zwei Jahren verhängte Embargo ist die Fortsetzung des Krieges gegen die irakische Bevölkerung mit anderen Mitteln. Es führt nicht zum Sturz Saddam Husseins und zu "Freiheit und Demokratie", sondern trifft die ärmsten Schichten und zerstört die Lebensgrundlagen des irakischen Volkes.

Während das mittelalterliche Regime in Kuwait dank dem Eingreifen der USA weiter Millionen scheffeln kann, sind im Irak nach Angaben der Regierung inzwischen 244.000 Menschen an den Folgen des Embargos gestorben. Im Januar 1993 starben 5512 Kinder, siebenmal mehr als im Vergleichsmonat 1990. Besonders der Mangel an Arzneimitteln und medizinischen Geräten hat katastrophale Folgen. Ersatzteilmangel bei den Wasserwerken führt zu Seuchengefahr durch verschmutztes Trinkwasser. 1992 gab es 1626 Fälle von Cholera, die Zahl der Darmerkrankungen wie Typhus und Paratyphus hat sich versechsfacht. Die Angaben werden von der internationalen Hilfsorganisation "Oxfam" bestätigt. (Frankfurter Rundschau, 14. 4. 93)

Zurück ins Mittelalter

Seit der Privatisierung der britischen Wasserwerke hat sich die Zahl der Ruhrerkrankungen verdreifacht — von 2.756 Fällen 1990 auf 9.935 Fälle im Jahr 1991. Der Grund ist klar: mangelnde Hygiene wegen Wassermangel. Im selben Zeitraum hat sich die Zahl der Haushalte, denen das Wasser wegen Zahlungsrückständen abgestellt wurde, auch verdreifacht: von 7.273 auf 21.586.

Wahlerfolge für Marxisten

Bei den Kommunalwahlen in Großbritannien am 6. Mai haben die Konservativen (Tories) ihre Mehrheiten in 16 Städten verloren. Insgesamt hat die Labour Party 1.388 Sitze gewonnen, die Konservativen 969 und die Liberalen 873 Sitze.

Die neugegründete sozialistische Organisation *Militant Labour* hat in vier Wahlbezirken kandidiert und dort beachtliche Stimmenanteile gewonnen. Die Ergebnisse in Prozent:

Ort	Militant			
	Labour	Labour	Tories	Liberal
Bulwell (East Midlands)	45,9	22,2	16	9,1
Coventry	58	11	16,5	14,5
East Hull	44	33,7	8,2	13,5
Hardwick (Cleveland)	48,2	24,9	6,6	6,7

Sowie Independent Labour 13,5 Prozent.

Vor 40 Jahren: Arbeiter rebellieren gegen den Stalinismus

Aufstand am 17. Juni 1953

Die Ereignisse am 17. Juni 1953 wurden in der ehemaligen DDR von der SED-Bürokratie als Konterrevolution bezeichnet und kriminalisiert, in der Bundesrepublik von den Herrschenden als "Tag der Einheit" begangen. Doch im Jahre 1953 fand keine Konterrevolution statt, sondern die erste entschlossene Bewegung gegen bürokratische Mißwirtschaft und Unterdrückung. Sie hatte keineswegs das Ziel einer Rückkehr zur Herrschaft des Kapital vor Augen, sondern sie war der erste spontane Versuch, die Bedingungen einer wirklichen Arbeiterdemokratie herzustellen.

Der Arbeiteraufstand begann als wirtschaftlicher Protest von Ostberliner Bauarbeitern auf Baustellen in der Stalinallee. Auslöser war ein drohender 30-prozentiger Lohnverlust für den Fall, daß sie ihre Arbeitsleistung nicht um 10 Prozent steigerten. Die Wut und Verzweiflung über die allgemeine Lebenslage führte dazu, daß die Bewegung in kurzer Zeit offen politische Formen annahm.

Bald waren die Demonstrationen nicht mehr allein ein Protest gegen Lohnneinbußen, sondern ein Protest gegen die Regierung. Die Demonstration, am Morgen des 16. Juni nur aus 80 Teilnehmern bestehend, wuchs in wenigen Stunden auf über 10 000 an. Fabrikarbeiter und Büroangestellte unterstützten die Bauarbeiter. Der Protestzug marschierte zuerst zum Gewerkschaftshaus, dann zum Regierungsgebäude, wo sie Parteichef Ulbricht oder Ministerpräsident Grotewohl aufforderten, zu sprechen. Diese trauten sich jedoch nicht, vor die Arbeiter zu treten.

Generalstreik

Noch am selben Tag mußte die Regierung ihre Beschlüsse zurücknehmen, doch kein Demonstrant ließ sich einwickeln. Sie forderten jetzt den Rücktritt der Regierung, unabhängige Gewerkschaften und die Ausrufung von freien und geheimen Wahlen. Die Losung für den nächsten Tag lautete: Generalstreik.

Obwohl der Ausnahmezustand verhängt war, dehnte sich der Streik

ung des Aufstandes kamen 260 Menschen um, Tausende von Streikführern wurden verhaftet. Es folgte eine Säuberungswelle in der SED, bei der kritische Partei- und Gewerkschaftsführer gefeuert wurden. Das betraf 62 Prozent der Bezirksleitungen, 71 Prozent der Kreissekretäre und 30 Prozent der ZK. Die meisten von ihnen waren vor 1933 Mitglieder der KPD gewesen. Die Regierung sah sich trotzdem zu zeit-

Er war ein Beispiel für die Revolution in Ungarn 1956, für die Ereignisse in der CSSR 1968 und die Streikwellen in Polen 1970, 1976 und 1980. Das alles waren Erhebungen gegen die Auswirkungen der Herrschaft einer bürokratischen Minderheit, die alle Bereiche der Wirtschaft und der Gesellschaft kontrollierte. Das Fehlen jeglicher demokratischer Kontrolle durch die arbeitende Bevölkerung führte im Laufe der Jahre in eine immer größere Misere.

Ende 1989 wurde in der DDR die Herrschaft der stalinistischen Bürokratie durch eine Revolution gestürzt. Leider fehlte eine starke Kraft, die die Alternative eines wirklichen Sozialismus, d.h. einer Planwirtschaft unter Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung, hätte aufzeigen können. Viele Arbeiter bekamen Illusionen in die Marktwirtschaft. Die CDU konnte sich mit ihrer Propaganda durchsetzen.

Unruhe im Osten

Doch nach fast drei Jahren Kapitalismus sind bei vielen diese Illusionen auf ein besseres Leben der Frustration und auch der Wut darüber gewichen, wieder betrogen worden zu sein. So sind durch das beispiellose Abschalten der Industrie in Ostdeutschland mittlerweile 3,3 Millionen Menschen ohne einen regulären Arbeitsplatz. Die Löhne der ostdeutschen ArbeitnehmerInnen betragen nur etwa 50 Prozent der vergleichbaren Löhne im Westen, wobei die Preise schon längst auf Westniveau geklettert sind. Für viele Jugendliche ist Arbeitslosigkeit die wahrscheinlichste Zukunftsperspektive.

Die sehr große Streikbereitschaft der MetallereInnen im Kampf um die Tarifverträge allerdings zeigt, daß immer mehr ArbeiterInnen entschlossen sind, den Kampf um eine menschenwürdige Zukunft aufzunehmen.

Antje Zander, Berlin, Jungsozialistin



Volksaufstand in Ost-Berlin 1953

am 17. Juni auf alle großen Industriezentren aus. So demonstrierten und streikten insgesamt 327 000 ArbeiterInnen in 270 Orten, 100 000 alleine in Berlin.

Die SED-Bürokratie antwortete mit dem Einsatz von Polizei und Truppen der sowjetischen Armee. Den Soldaten war dabei zuvor gesagt worden, daß es sich um eine Provokation amerikanischer Agenten und von Faschisten handelt.

Bei der militärischen Niederschlag-

weiligen Zugeständnissen an die Forderungen der ArbeiterInnen gezwungen; sie verzichtete auf Normsteigerungen und erhöhte die Löhne. Doch sobald die Krise überwunden schien, wurde vom Reformkurs wieder Abschied genommen.

Internationale Bedeutung

Der Arbeiteraufstand 1953 war von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung der osteuropäischen Staaten.

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinungen, Erlebnisse, Kommentare...

Liebe Freundinnen und Freunde, Liebe Genossinnen, Liebe Genossen!

Zum Thema Streiks im derzeitigen Kapitalismus sollten wir uns endlich eigene Gedanken machen, zumal gerade alle Streiks nach der Einheit Deutschlands nicht zum Wohlstand der Arbeiterklasse beigetragen haben. Eigentlich streiken wir doch immer für andere, und nicht für uns selbst.

So streiken wir für Miet- und Preissteigerungen, so streiken wir für noch höhere Steuern und Versicherungsbeiträge, wofür auch immer, und somit profitieren wieder mal die Miethäler, Preiswucherer und auch die politischen Erfüllungsgehilfen des Kapitals. Und dabei ist schlicht festzustellen, daß alle Werktätigen trotz der Streiks

gegen den Bruch der Tarifautonomie fast immer auf der Strecke bleiben, zumal das Realeinkommen der arbeitenden Klasse durch die monatliche Preissteigerung von Monat zu Monat geringer wird. Dazu kommen die sonstigen finanziellen Belastungen, wovon die ohnehin sehr hart betroffenen Menschen zusätzlich belastet sind, zum Beispiel Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen, Kranke, Behinderte und Obdachlose.

Somit bringt jeder Streik eine Umverteilung zugunsten derer, für die solche Arbeiterkämpfe nicht gedacht sind. Also dienen die Streiks so gut wie immer nicht den Streikenden selbst, sondern wie gesagt eben den eigentlichen korrupten Haien im Karpfenteich.

Hier sind alle Gewerkschaften und auch der DGB aufgefordert, endlich für mehr und intensivere Aufklärungs-

arbeit zu sorgen und nicht nur für mehr Lohn und Gehalt zu streiken. Man muß endlich auch das Kind mit Namen nennen und auf die ganze unsoziale Problematik hinweisen, die uns ständig zu Streiks und Demonstrationen zwingt.

Das Gejammer der Kapitalisten, daß sie nicht mehr belastbar seien, ist ein alter und abgedroschener Hut, zumal sie ihre Macht und ihren Reichtum nicht sich selbst zu verdanken haben, sondern immer der für sie arbeitenden Klasse. (...)

Horst-Dieter Nentwich,
Siegen

Verkauft VORAN

"Neben einer Solidaritätserklärung an die Streikenden haben wir uns mit drei Flugblättern an die Bevölkerung gewandt, um Unterstützung zu organisieren. Jeden dritten Tag hatten wir einen Infostand gemacht, um Geld und Unterschriften zu sammeln. Durch 200 verkaufte Exemplare der VORAN haben wir die Leute informiert und Argumente für die Forderung der Metaller geliefert. Gleichzeitig organisierten wir über VORAN-Unterstützer in anderen Orten, vor allem im Westen, Soli-Adressen und Geldpenden für die Streikkasse." berichtet Jan aus Rostock.

Die besten Verkäufe vor Berufsschulen gab es im letzten Monat in Kassel: einmal 19 Exemplare, zweimal je 16 Exemplare. Außerdem verkauften Kasseler VORAN-Unterstützer 80 Zeitungen bei dem antifaschistischen Aktionstag in Eisenach (siehe s. 11).



Was will VORAN?

Der Kapitalismus ist ein chaotisches, krisenhaftes Wirtschaftssystem, in dem nur die Profitinteressen einer kleinen Minderheit von Unternehmern zählen. Die Folgen: Hunger und Elend in der »3. Welt« bei gleichzeitiger Überschußproduktion und Vernichtung von Lebensmitteln; Bedrohung der Existenz der Menschheit durch Raubbau an der Natur; Massenarbeitslosigkeit, Armut, sinkende Reallöhne und Sozialabbau auch in den entwickelten Industrieländern; Abbau der von der Arbeiterbewegung in den letzten Jahrzehnten erkämpften Errungenschaften.

Wir meinen, daß die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft überfällig ist. Wenn die industriellen Kapazitäten, die natürlichen Ressourcen und Arbeitskräfte auf der ganzen Welt vernünftig genutzt würden, müßte kein Mensch hungern, arbeitslos oder obdachlos sein und die Umweltzerstörung könnte beendet werden. Das ist nur möglich, wenn die Hebel der wirtschaftlichen Macht in die Hände der arbeitenden Bevölkerung übergehen. Dazu muß die Minderheit von Kapitalisten enteignet werden, damit eine demokratische Planung der Wirtschaft im Interesse von Mensch und Umwelt erfolgen kann.

In Osteuropa ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern der Stalinismus. Es gab zwar Planwirtschaft und Staatseigentum aber keinerlei demokratische Kontrolle durch die arbeitende Bevölkerung. VORAN hat die Diktatur einer privilegierten, abgehobenen Bürokratschicht seit dem ersten Erscheinen unserer Zeitung 1973 politisch bekämpft und diese Staaten nie als sozialistisch betrachtet.

Dabei haben wir aber das Staatseigentum an den Produktionsmitteln und die Planwirtschaft verteidigt und sind auf dieser Grundlage für den Aufbau einer echten Arbeiterdemokratie

eingetreten.

VORAN ist eine unabhängige marxistische Gruppe. In der Arbeiterklasse, unter der Jugend und in den Massenorganisationen der Arbeiterbewegung kämpfen wir gegen die Angriffe des Kapitals, für jede echte Verbesserung und für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft.

Sozialismus kann nur von der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung erkämpft werden. Dazu braucht sie starke Arbeiterorganisationen mit sozialistischem Programm, die konsequent für die Interessen der ArbeiterInnen kämpfen. Die heutigen Führer von SPD und Gewerkschaften haben jedoch ihren Frieden mit dem System gemacht und sind meilenweit entfernt vom Leben der Masse der arbeitenden Bevölkerung.

Wir sind aktive Mitglieder der Gewerkschaften, der SPD und der JungsozialistInnen. Wir treten dafür ein, daß der Marxismus wieder auf die Tagesordnung dieser Organisationen kommt. Wir fordern, daß SPD-Abgeordnete und hauptamtliche Funktionäre in SPD und Gewerkschaften nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn und der demokratischen Kontrolle durch die Mitgliedschaft unterworfen sind.

Mit unserer Zeitung VORAN wollen wir einen Beitrag zu einer unabhängigen Arbeiterpresse gegen die bürgerlichen Medien leisten. Sie dient der Verbreitung sozialistischer Ideen und dem Informations- und Erfahrungsaustausch. Unsere Arbeit wird ausschließlich durch Spenden von Unterstützern und Lesern finanziert.

VORAN ist Teil einer internationalen marxistischen Strömung, die in fast allen europäischen Ländern sowie in vielen Ländern Nord- und Südamerikas, Afrikas, Asiens und in Australien vertreten ist.

T-Shirts, Buttons, Aufkleber



T-Shirts: "Gegen Nazis" (schwarz/rot) und "Rosa Luxemburg" (einfarbig) je 20,— DM
Buttons: "Gegen Nazis" und "Gib Nazis keine Chance" je 2,— DM
Aufkleber: "Gegen Nazis", "Halte deine Umwelt sauber" und "Gib Nazis keine Chance" je 0,50 DM

Bestellungen (nur gegen Vorkasse) an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
30% Rabatt ab 10 Stück, bei Aufklebern ab 20 Stück

solange der Vorrat reicht

Kampffonds

Jetzt einen Extragang einlegen!

Im 2. Quartal sind bisher 6.153,81 DM im Laufe der politischen Arbeit für den Kampffonds eingegangen. Schwerpunkte waren der Metallstreik im Osten und der 1. Mai bzw. Soli-Aktionen der Gewerkschaften im Westen. In Rostock verkauften VORAN-UnterstützerInnen in der ersten Streikwoche insgesamt 100 Zeitungen und noch 50 bei einem einzelnen Infostand (Erlös für den Kampffonds über Soli-Preis leider nicht bekannt). Mit der Unterschriftenliste für einen eintägigen Generalstreik wurden in Göttingen 132,30 DM, in Köln bei der 1. Mai-Kundgebung 87,80 DM gesammelt. Ein HBV-Sekretär aus Trier hat 20 DM gespendet. In Bonn am "Tag X" wurden 312,20 DM eingenommen und 45 Zeitungen verkauft. Auch bei JRE

konnten Spenden für VORAN gesammelt werden. So wurden bei einer JRE-Antifa-Fete mit Rockkonzert in Frankfurt 300 DM für den Kampffonds eingenommen.

Nachdem die Streikbewegung erst einmal abgeklungen ist und die Sommerferien herannahen, müssen wir einen Extragang beim Spendensammeln einlegen und für die "Saure Gurkenzeit" vorbauen. Es gibt sehr viele politische (und sonstige!) Ereignisse, die in nächster Zeit hervorragende Möglichkeiten dazu bieten. Allen voran die JRE-Demo in Bad Langensalza am 5.6.93. Alle UnterstützerInnen sind dazu aufgerufen, dahin zu fahren. Bei der Hinfahrt ergibt sich die beste Gelegenheit, neben der Zeitung (möglichst für Soli-Preis, versteht sich), T-Shirt,

Trillerpfeifen, Aufkleber und Buttons zu verkaufen. Am besten ist es, vor Ort sich ein Verkaufsziel für den Tag zu setzen und eine Arbeitsteilung für Zeitungs- und sonstigen Verkauf vorab zu vereinbaren. Material ist reichlich vorhanden, Bestellungen werden in der Redaktion gern entgegengenommen.

Außerdem finden zur Zeit viele Camps und Festivals statt. Beim IG Metall-Jugendtreffen in Walsrode vom 20.-23.5. wurden bereits 275 DM gesammelt, hauptsächlich durch den Verkauf von T-Shirts. Diese lassen sich vor allem bei Festivals gut absetzen, besonders wo das Publikum überwiegend antifaschistisch eingestellt ist. Sommerzeit ist auch Flohmarktzeit; bei guter Organisation kann ein Stand beim Flohmarkt einige Hundert DM abwerfen und bietet UnterstützerInnen, die wegen ihrer Arbeitszeit oder Kinder nicht zu den überregionalen Ereignissen fahren können oder wollen, auch die Chance, ihren Beitrag zum Kampffonds zu leisten!

Fizz Garvie (Redaktion)

2. Quartal 1993 Erreicht: 5.750 DM Ziel: 25.400

Bundesland	Erreicht	% des Zieles erreicht	Ziel
Schleswig-Holstein	0	0%	500
Bremen	288	29%	1000
Mecklenburg-Vorp.	0	0%	1400
Niedersachsen	416	59%	700
Berlin	0	0%	3100
Nordrhein-Westfalen	2470	35%	7150
Hessen	1357	21%	6400
Baden-Württemberg	1824	38%	4800
Sonstiges	373	106%	350
Gesamt	5.750	23%	25.400

Es ist höchste Zeit, selbst aktiv zu werden!

- Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit
- Ich möchte bei VORAN mitmachen

Wir werden uns melden und Dir sagen, wo in Deinem Ort/in Deiner Gegend es eine VORAN-Gruppe gibt, bei der Du mitarbeiten kannst.

Name, Anschrift, Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1



Ich möchte...

- Voran abonnieren, zehn Ausgaben zu 18,— DM
- zusätzlich ___ Exemplare von jeder Ausgabe zum Weiterverkaufen (In Kommission — Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- ein VORAN-Förderabo, 10 Ausgaben zu ___ DM (min. 30,—)
- ein VORAN-Schnubberabo, drei Ausgaben zu fünf Mark

Name, Anschrift, Telefon

Summe bitte auf das Spendenkonto überweisen (s. Kampffonds). Keine automatische Abo-Verlängerung!



Fight the Power: Panther-Block auf der Demo am 8. Mai

8000 auf JRE/Panther-Demo in London  Panther

“No justice, no peace!”

Am 8. Mai organisierten JRE und Panther in London die größte antirassistische Demonstration seit den 70er Jahren. Ich war zwei Wochen in London und Umgebung unterwegs, um von der Situation in Deutschland zu berichten und mit zu mobilisieren.

JRE-Großbritannien und Panther (sozialistische Organisation Schwarzer in Großbritannien, Mitglied bei JRE) hatten ursprünglich einen Marsch durch die Innenstadt Londons geplant. Unter dem Motto “Jobs not Racism” (Arbeitsplätze statt Rassismus) sollten Jugendliche und ArbeiterInnen aus dem ganzen Land den Regierungsbözen und den Unternehmern zeigen, daß es so nicht weitergeht.

Doch zweieinhalb Wochen vor der Demo wurde ein 18-jähriger Schwar-

zer, Stephen Lawrence, in der Nähe der Zentrale der faschistischen BNP (Britische Nationalpartei) ermordet. Das war der vierte Mord an einem jungen Schwarzen in dieser Gegend, seit die BNP-Zentrale dort errichtet wurde. Insbesondere die schwarzen Jugendlichen wollten das nicht länger hinnehmen. Die BNP muß gestoppt werden, das war die einhellige Meinung. JRE wäre nicht JRE, wenn wir darauf nicht reagiert hätten. So wurde beschlossen, den Marsch nach Südost-London zu

verlegen, wo die BNP-Zentrale steht.

Diese Entscheidung war jedoch nicht so ohne weiteres umzusetzen. Zehntausende Flugblätter und Tausende von Plakaten waren Müll geworden. Ganz London und auch andere Städte waren mit Plakaten tapeziert, sie mußten überklebt werden.

Das alles kostete viel Geld, wie man sich vorstellen kann. So wurde eine einzigartige Finanzkampagne gestartet. Alle JRE-Gruppen verstärkten ihre Aktivitäten. Das neue Motto war: “Schließung der BNP-Zentrale! Keine weiteren rassistischen Morde!” Mit entsprechenden Unterschriftenlisten wurde viel Geld gesammelt.

Die Demo begann mit einer Kund-

gebung, auf der Eltern der in dieser Gegend Ermordeten sowie Vertreter von Panther, JRE und anderen beteiligten Organisationen sprachen. Ich selbst sprach dann über die Situation und unsere Arbeit in Deutschland und überbrachte die Grüße der deutschen JRE.

Wir waren etwa achttausend, was für britische Verhältnisse eine große Demonstration ist. Es war eine enorme Stimmung, die Mehrheit der Demo bestand aus schwarzen und weißen Arbeiterjugendlichen. Gewerkschaftsdelegationen aus ganz Großbritannien waren anwesend. Die Demonstranten schrien Slogans wie: “No justice, no peace!” (“Keine Gerechtigkeit, kein Frieden!”).

Wir erwarteten gespannt den Augenblick, wo wir die BNP-Zentrale passieren würden. Die Polizei hatte mit Schilden, Knüppeln und Tränengas bewaffnet das Gebäude abgesperrt, was die Wut der Demonstranten hervorrief. Einige Leute warfen Steine auf die BNP-Zentrale. Aber die Eskalation ging von der Polizei aus, die dann mit Pferden die Demo angriff und versuchte, sie in drei Teile zu spalten. Die Ordner nahmen Mülltonnen und machten damit und durch anderen Krach die Pferde nervös. Die Poli-

zei mußte sich zurückziehen und nach 10 Minuten war die Demo wieder vereint.

Jede andere Demo wäre von der Polizei erfolgreich gespalten worden. Weil wir aber einen Ordnungsdienst hatten, der u. a. die Erfahrungen von Bergarbeiterdemos hatte, waren wir in der Lage, die Polizei so nervös zu machen, daß sie sich zurückziehen mußte.

Auf der Abschlußkundgebung wurde gesagt, daß dies nur der Anfang war. Wir wünschen der britischen JRE viel Erfolg und werden ihren Kampf unterstützen! Die Faschisten sind in ganz Europa auf dem Vormarsch — laßt uns mit JRE eine europaweite Gegenkraft aufbauen!

Ohne größtmögliche Geschlossenheit im Kampf können wir die Faschisten nicht schlagen. Leider hat die Anti-Nazi-Liga (ANL) alle Angebote für eine gemeinsame Demonstration ausgeschlagen und die von JRE und Panther organisierte Demo boykottiert, um eine Woche später eine eigene Demonstration mit nur 1.500 Teilnehmern zu veranstalten. Natürlich wurde auch diese Demo von JRE und Panther unterstützt, trotz des sektiererischen Vorgehens der ANL-Führer.

Dirk Aschoff, JRE-Berlin



JRE-Ordner schützen die Demo vor der Polizei

Eisenach/Thüringen

Antifaschistischer Aktionstag

Unter dem Motto “Nie wieder Faschismus” fand in Eisenach am 8. Mai 1993 der erste antifaschistische Aktionstag statt. Die Rechten sind hier sehr stark, die militante Nazi-Skinheadszene zählt um die 200 Leute.

Es gibt Reps, NPD, FAP, DVU und auch die verbotenen Organisationen Nationalistische Front, Deutsche Alternative und Nationalistische Offensi-

ven, Punk-Band Fuckin' Faces in der Innenstadt, wobei die Polizei einen Demozug durch die Einkaufsstraße verboten und uns in die Seitenstraßen geschickt hat. Ca. 200 Antifaschisten nahmen Teil. Ein Teil der Demonstranten war von JRE aus Kassel, Lindau und anderen Städten angereist.

Während der Kundgebung fuhren die Glatzen Streife, es gab jedoch kei-

nen (was allerdings jeden Tag passieren könnte, da dort immer Linke drin sind). Es ist reine Schikane, wenn nach einer friedlichen, angemeldeten Demonstration gegen Neofaschismus und Rassismus Antifaschisten nicht bedient werden.

Wir werden hier in Eisenach auf alle Fälle weitermachen und mobilisieren auch zum NPD-Bundesparteitag.



JRE-Demozug durch Eisenach

ve sowie Mitglieder der NSDAP/Aufbauorganisation.

Zum Aktionstag gegen Rechts hatten JRE, Antifa, PDS, AG Junge Genossinnen in Thüringen und die Vereinigte Linke aufgerufen. Der Tag begann mit einer Kranzniederlegung am sowjetischen Ehrenmal auf dem Friedhof anlässlich des Jahrestages der Befreiung vom Faschismus mit ca. 100 Teilnehmern. Am Nachmittag gab es dann eine Demonstration mit anschließender Kundgebung und Musik von der

nen Angriff auf die Kundgebung. Wir hatten einen Ordnungsdienst und Streifen mit Funkgeräten, um rechtzeitig vor einem Überfall gewarnt zu sein. Die Polizei hat sich kooperativ verhalten.

Leider müssen wir noch einen negativen Vorfall erwähnen: Am Abend ist einigen von uns in einem Café der Ausschank verweigert worden, weil wir an der Demonstration teilgenommen hatten. Es wurde befürchtet, daß Rechte das Lokal auseinandernehmen wür-

Unsere JRE-Gruppe hat sich am 4. April gegründet (mit 6 Leuten) und wir sind jetzt 26 Mitglieder mit immer noch steigender Tendenz. Allerdings haben wir auch einige Probleme mit den Nazis. Gegen mich selbst sind insgesamt drei Morddrohungen ausgesprochen worden.

Wir möchten uns bei allen JRElern, die am 8. Mai von außerhalb angereist sind, bedanken.

Jan, JRE-Eisenach

Kassel

JRE verhindert Rep-Parteitag

Ende April wollten die Rep-Nazis in Kassel einen Kreisparteitag abhalten. Nachdem sie bei der Kommunalwahl mit 5,4 Prozent hatten, wollten sie nun über ihr weiteres Vorgehen beraten — aber daraus wurde nichts...

Wir hatten von dem geplanten Treffen gehört — von einem betrunkenen Rep in einer Kneipe! Als die Reps vor der Gaststätte “Schillereck” aufliefen, sahen sie sich 150 Gegendemonstran-

ten gegenüber, die ihnen friedlich aber bestimmt den Eingang verwehrten.

An der Aktion beteiligten sich viele AusländerInnen aus dem Stadtteil. Die Polizei war mit zwei Wagen vor Ort, hielt sich aber im Hintergrund. Die Reps mußten auf ihr Treffen verzichten und sich darauf beschränken, ihren Frust verbal abzureagieren: “. . . da sollte man mit 'nem Maschinengewehr reinhalten. . .”, so die Rep-Fraktionsvorsitzende Ursula Holzhauser.

Ronald, JRE Kassel

6 Tote in Thüringen 93

Auf die allmonatlichen Anfragen der PDS-Bundestagsfraktion zu rechtsextremem Gewalt antwortete das Innenministerium stereotyp, Todesfälle seien “dem Bundeskriminalamt nicht gemeldet worden”.

Doch allein in Thüringen gab es 1993 sechs Tote im Zusammenhang mit Nazi-Gewalt:

■ Der 45-jährige Stadtgärtner Karl Sidonek wurde am 15. Januar in Arnstadt von Nazi-Skinheads zusammengeschlagen, anschließend auf die Straße gelegt und überfahren.

■ Drei Obdachlose kamen am 23. Januar bei einem Brand im Obdachlosenasyl in Arnstadt ums Leben, zeitgleich mit der Gedenkdemonstration für Karl Sidonek. Die Brandursache wurde nicht aufgeklärt.

■ Olaf Heidenbluth wurde am 3. Februar in seiner Wohnung in Suhl erhängt aufgefunden. Er war bekannter Antifaschist und Mitglied der SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) und hatte schon mehrere Morddrohungen bekommen. Trotzdem ging die Polizei bei ihren Ermittlungen zunächst von Selbstmord aus. Erst auf Druck von Eltern und Freunden wurde in Richtung Nazi-Szene ermittelt, bisher ohne Ergebnis.

■ Anfang Februar wurde in Mühlhausen ein 21-jähriger Punk, Mario Jödecke, von einem 17-jährigen Nazi-Skinhead umgebracht.

Alle Fälle sind in der Lokalpresse berichtet worden. Die bundesweite Statistik ignoriert solche Nazi-Opfer — die Fälle werden nicht als “rechtsextrem motiviert”, sondern als unpolitisch angesehen, oder die Tat konnte nicht aufgeklärt werden, wie im Fall von Olaf.

Ein weiterer derartiger Fall außerhalb von Thüringen: Am 19. Februar wurde der 22-jährige Mike Zerna in Hoyerswerda tödlich verletzt (Tageszeitung, 27. 4. 93)

Unsere Toleranz hat Grenzen — Nazis stoppen!

Die NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) hat "alle Hemmschwellen gegenüber der militanten Rechten überwunden" (Die Tageszeitung). Die "Stiefelfaschisten" strömen zunehmend in die Partei, die ihren Rang als Wahlorganisation der Rechten an die Deutsche Volksunion und die Reps verloren hat.

Zwischen 1966 und '68 schaffte die rassistische und faschistische Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) den Sprung in 7 Landesparlamente und scheiterte bei der Bundestagswahl '69 mit 4,3 Prozent nur knapp.

1969 hatte die NPD noch 28.000 Mitglieder gehabt, heute liegt sie bei 6.000 (wie auch schon 1982). Trotzdem war sie bis zum Aufstieg von Reps und DVU die einzige bundesweit handlungsfähige Partei. Die Finanzen der Partei wurden nach der Europawahl '86 sowie durch die über 0,5 Prozent liegenden Ergebnisse bei den Landtags- und Bundestagswahlen 1986 und 1987 durch Wahlkampfkostenrückerstattung saniert.

Von der gemäßigt auftretenden Wahlpartei ist wenig übriggeblieben. Laut Verfassungsschutzbericht propagiert die NPD "eine Volksgemeinschaftsidee mit rassistischen Anklängen", und verfolgt "verfassungsfeind-

liche Ziele".

Offenbar dient die NPD auch der verbotenen Deutschen Alternative als Standbein in der Legalität. Laut brandenburgischem Verfassungsschutz bildet die NPD ein "Rückzugsreservoir" für DA-Mitglieder.

Auch die Rolle der NPD bei den Morden von Mölln ist mehr als zweifelhaft, wenn nicht sogar offensichtlich: Die Mörder von Mölln kamen aus dem NPD Spektrum. Der Scharfmacher und "Aufbaureferent" der NPD, Heino Förster, ebenfalls wohnhaft in Mölln, ist maßgeblich verantwortlich für die Aktivitäten der Partei im Nachbarbezirk von Mölln, Hagenow/Mecklenburg-Vorpommern. Der NPD-Vorsitzende von Hagenow, Rüdiger Klasen, steht wegen versuchten Mordes im Zusammenhang mit einem Überfall auf ein Flüchtlingsheim vor Gericht.

In Aachen hat die NPD ein gemeinsames Flugblatt mit FAP (Freiheitliche

Arbeiterpartei Deutschlands) und Wiking Jugend herausgegeben, in der ein JRE-Mitglied namentlich genannt und bedroht wurde.

JRE hat bundesweit zur Demonstration gegen den NPD-Bundesparteitag am 5. Juni mobilisiert. Der ursprünglich geplante Ort für den Parteitag war Bad Langensalza/Thüringen. Bei Redaktionsschluß war wahrscheinlich, daß sich die NPD mit ihrem Parteitag nach Pocking/Bayern verziehen wird.

Aufrufer in Thüringen waren unter anderem die SPD Bad Langensalza, der DGB-Kreis Gotha, die PDS Thüringen und die HBV-Landesleitung Thüringen. Bundesweit hat sich auch die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands und die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes dem Aufruf angeschlossen.

Ziel war eine Demonstration von Tausenden, um den Parteitag zu verhindern und Widerstand gegen die Nazis in Ost und West zeigen, ob in Pocking, in Bad Langensalza oder sonstwo.

Wir dürfen diese gefährliche Mischung aus Schlips- und Kragen-Faschisten und gröhrenden Glatzen nicht gewähren zu lassen.

Jugend gegen Rassismus in Europa



Wir treten ein für:

★ Aktionen gegen rassistische und faschistische Angriffe, wie Schutz der Flüchtlingsunterkünfte vor Überfällen zusammen mit den Flüchtlingen. Mobilisierung gegen Nazi-Aufmärsche und -Veranstaltungen.

★ Verhinderung von faschistischen Versammlungen und faschistischer Propaganda, z. B. keine Vermietung bzw. Bereitstellung von öffentlichen Gebäuden oder Plätzen, keine Plattform für faschistische Propaganda in den Medien. Kein Verlaß auf Polizei und Gerichte. Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung muß mobilisieren, um die Faschisten am Aufbau ihrer Organisationen zu hindern, deren Ziel es ist, unsere demokratischen Rechte abzuschaffen.

★ Gegen polizeiliche Aufrüstung, gegen Verschärfung des Haft- und Strafrechts. Schluß mit Schikanie von AusländerInnen und Jugendlichen, wie willkürliches Anhalten, Ausweiskontrollen und Durchsuchungen. Da Polizei, Justiz und Politik unfähig und nicht willens sind, AusländerInnen, GewerkschafterInnen und Linke gegen faschistischen Terror zu schützen, müssen wir selbst einen effektiven Selbstschutz organisieren, der unter der demokratischen Kontrolle der antifaschistischen und Gewerkschaftsbewegung steht.

Werde Mitglied bei JRE

- Ich möchte Mitglied werden und habe den ersten Vierteljahresbeitrag von mindestens 10,— DM (5,— DM für Leute ohne oder mit geringem Einkommen) überwiesen.
- Ich möchte weitere Infos über Eure Arbeit bekommen

Schickt den Zettel mit Eurem Namen und Adresse an: JRE, Hauptpostlagernd, 5000 Köln 1
Spenden und Mitgliedsbeiträge bitte überwiesen an:
U. Petersen, Konto-Nr. 12777-501 Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50

Verhindert den NPD-Bundesparteitag am 5. Juni!